

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Emil Nolde</i> Schleswig – Grenzland	68
<i>Willy-August Linnemann</i> Aus Reden 1963 und 1966	69
<i>Hans Peter Johannsen</i> War der Kurs richtig?	71
<i>Bruno Diekmann</i> Aus der Zeit des Anfangs	76
<i>Wilhelm Käber</i> Ein Blick in die Vergangenheit	83
<i>Ernst Beier</i> Der Verlauf der Zwanzig-Jahr-Feier	89
<i>Pressestimmen</i> Flensburger Tageblatt / Flensburg Avis	91
<i>Jörn-Peter Leppien</i> Aage Friis und das dänisch-deutsche Verhältnis	95
<i>Troels Fink</i> An der Schwelle einer neuen Zeit	104
<i>Karl-Heinz Saß</i> Das Wir einer Gemeinschaft	110
<i>Klaus Wachlin</i> Wir sind quitt	117
<i>Wilhelm C. Hambach</i> Stabkirchen, die Pagoden des Nordens	119

HAMBACH, Wilhelm C., geb. 25. August 1908 in Bonn, nach humanistischem Abitur Studium von Musikwissenschaft, Germanistik, Alter Geschichte und Kunstgeschichte an den Universitäten Bonn und Köln, 1933 Promotion zum Dr. phil., seit 1934 Zeitungsredakteur und Kunstkritiker, von 1942 bis 48 Soldat und Kriegsgefangener (in USA und Großbritannien), danach Theaterkritiker und Gerichtsberichter in Bonn, seit 1958 Feuilletonchef des Flensburger Zeitungsverlages, Verfasser von fünf belletristischen Büchern (davon drei unter Pseudonym), schreibt alle drei Jahre *ein* Gedicht.

LEPPIEN, Jörn-Peter, cand. phil., geb. 2. August 1943, Abitur 1964 Domschule Schleswig, 2 Jahre Bundeswehr, 1966 Beginn des Studiums der Geschichte und Anglistik in Kiel. Besonderes Interessengebiet und Veröffentlichungen: schleswig-holsteinische und nordische Geschichte, Schüler von Prof. Scharff.

SASS, Dr. Karl-Heinz, geb. 17. April 1928 in Lübeck, Studium in Kiel und Hamburg, 1953 Promotion bei Prof. Dr. Johannsen, Hamburg, über ein Thema der hanseschen Wirtschaftsgeschichte, anschließend im Schuldienst in Lübeck und Bad Schwartau, Auslandsarbeit (besonders in Norwegen), seit 1966 Oberstudiendirektor des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Apenrade.

Die Federzeichnungen zu dem Aufsatz über die Stabkirchen fertigte der Grafiker Joachim Dittrich, Quickborn

Wegen des Wegfalls des Juni-Heftes erscheint dieses

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Bezugspreis für V 3339 F 2,— DM, für V 3340 F 1,— DM jährlich. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. Redaktion: Ernst Beier, 239 Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

SCHLESWIG – GRENZLAND

Nach Abschluß des Krieges war... bei uns im schleswigschen Norden eine in Zonen eingeteilte Volksabstimmung beschlossen worden ...

Es ist ganz eigentümlich und nicht immer schön, in einem Grenzland geboren zu sein, das Für und Wider, hierhin oder dorthin, ist schärfer geprägt als anderswo. Wer mitten in seinem Land geboren ist, ist vieler Wirren und Kämpfe, die einem Grenzbewohner zuteil werden, enthoben...

Die Frage, was deutsch ist, was dänisch ist, beschäftigte mich während dieser erregten Zeit. Die Zerreißung des heimatlichen Schleswig mittendurch schien brutal und traf uns schwer. Es wurden die Grenzen direkt vor unser Haus und Land gelegt und wir an Dänemark abgetreten.

Schleswig und mehr noch Schleswig-Holstein als mein Geburtsland hatten für mich immer einen besonderen und ehrenden Klang gehabt — ich liebte mein Land und stand ohne Neid oder Zorn nach Norden und Süden schauend.

Dänemark hatte mir eine vielgeliebte Lebensgefährtin gegeben, Deutschland die innige Schönheit seiner Musik und bildenden Künste. Ich kramte, nach Klarheit suchend, in dem spärlich Erhaltenen der Familienvergangenheit.

Die Vorahnen meiner Mutter, seit neun Generationen auf dem elterlichen Bauernhof wohnend, mögen von der Burg und dem Ahnherrn Niss Ebbesen de Nylle und Thöger Nold oder Nolde herkommen. Diese Namen sind in Sagen und Heldengesängen erhalten.

Die Ländereien der Dorfschaft Nolde waren um 1612 zuerst in drei Höfe geteilt, nachher wurden es fünf. Auf einem dieser Höfe ist ein Familienbuch erhalten, im

Jahre 1685 beginnend, mit Eintragungen aller jeweiligen Besitzer. Aber hauswirtschaftliche Abrechnungen sind es meistens nur und trockene Zahlen und Daten von Geburten und dem Tod, und fast immer in den Worten ausklingend: „Gott verleihe mir ein christlich Leben und seelig Sterben.“ Alle diese Eintragungen, bis auf eine von Hans Jürgen Petersen, gest. 1885 — den ich persönlich noch kannte —, sind in deutscher Sprache geschrieben; demnach haben alle diese einfachen Bauern seit den mehr als zweieinhalb Jahrhunderten lesen und schreiben können, und ihre Schriftsprache war deutsch, die Umgangssprache wird dänisch gewesen sein.

Mit den drei Schwestern Lena, Ellen und Christine begann anscheinend in unserem Geschlecht ein über das alltäglich Materielle hinaus gehender, etwas gehobener Flug. Christine, meine Mutter, stand licht und gefestigt neben meinem Vater, und sie war stolz und stark in ihrem Denken und Streben nach Lebensschönheit. Ich habe aber nie erfahren, ob ihre Vorfahren sich dänisch oder deutsch fühlten. Sie waren wohl Schleswiger nur, ganz unpolitisch und sicher wußten sie gar nicht, was das Fremdwort „Politik“ bedeutet.

Auch mein Vater mit seinem reinen, klaren Sinn und Verstand war, in seiner Zeit lebend, unpolitisch und konnte nur deutsch schreiben. Er schrieb ein seltsames Deutsch, das für die Zeit und die friesisch-westschleswigsche Gegend typisch gewesen sein mag. Er war Friese und die Friesen bis nach Holland hin bekennen sich als deutscher Stamm.

Ich selbst bin in der deutsch-schleswigschen Zeit geboren, und daß mein kleines Schleswig ein Feld politischer Zwiespältigkeiten werden sollte, war mir immer sehr bedauerlich.

Sind nicht Politik und Kunst zweierlei? Sollten Künstlermenschen nicht allem Politischen enthoben sein und dem Zwiespalt der Landesgrenzen fernstehen dürfen? Die Urgründe meines Künstlertums jedoch liegen zutiefst im Boden engster Heimat verwurzelt. Wenn auch mein Wissen und Verlangen nach künstlerischer Weitung und Darstellungsmöglichkeiten bis in die entferntesten Urgebiete reichen, sei es in Wirklichkeit, sei es in Vorstellung oder Traum — die Heimat bleibt der Urboden.

EMIL NOLDE

AUS REDEN 1963 UND 1966

Ich denke an die deutschgesinnten Nordschleswiger, und ebenfalls denke ich an die dänischgesinnten Südschleswiger, die ein Teil Dänemarks sind, obwohl sie südlich des Scheidebaches leben. Die Minderheiten beiderseits der Staatsgrenze

haben ein Recht auf ihre Gesinnung; aber das ist nicht ausreichend; sie haben gleichzeitig die Pflicht, ihren Teil zum Kulturleben beizutragen. Erst dadurch erreichen sie die volle Existenzberechtigung. Erst dadurch wird die übrige Bevölkerung ihnen gegenüber ganz verpflichtet.

*

Wir Menschen sind wie das fließende Wasser. Wir streben dem Meer, der Welt, der größeren Gemeinschaft entgegen, weil wir uns nach jenen Gegenden sehnen, die wir noch nicht begreifen, aber wir müssen die Verbindung mit der Quelle, dem Ausgangspunkt, bewahren, um Kraft zu erhalten, voranzukommen. Wer seine Heimat verleugnet, verliert die Verbindung mit seiner Quelle und stellt sich dadurch außerhalb des Lebens, denn das Gesetz für alles Lebendige lautet: Die Quelle nährt das Meer. Aber deshalb werden auch nur diejenigen, die der Welt der größeren Gemeinschaft entgegenstreben, ihrer Heimat nützen. Das Meer nährt die Quelle. Es besteht eine ewige Wechselwirkung.

WILLY-AUGUST LINNEMANN

War der Kurs richtig?

Zwar fällt die zwanzigste Jahresversammlung des Grenzfriedensbundes mit dem Gedenken an die Volksabstimmung im Jahre 1920, die die Grundlage für die jetzige Staatsgrenze zwischen Dänemark und Deutschland schuf, zeitlich nahe zusammen, zwar wollen auch wir heute nicht an ihrer geschichtsbildenden Kraft Vorbeigehen, aber wir sind als die gegenwärtig für unsere Organisation, den Grenzfriedensbund, Verantwortlichen zum Rückblick und Ausblick verpflichtet.

War der Kurs, den das 1950 auf die Reise geschickte Schiff steuerte, richtig? In dieser Frage will sich keineswegs eine verborgene Unsicherheit offenbaren, vielmehr soll mit ihr die Erkenntnis ausgesprochen werden, daß jede menschliche Vereinigung, die sich nicht selbst zu jeder Stunde in Frage zu stellen, die nicht zu fragen bereit ist, ob das Ziel nicht auf einem noch besseren Wege als dem eingeschlagenen erreicht werden kann, Gefahr läuft, zu erstarren. Nur Organisationen, die voll gesunder Unruhe sind, werden auf die Dauer mehr sein als organisatorisches Geröll.

Daß der Kurs des Schiffes richtig war und ist, zeigen unsere Arbeitsergebnisse, denn das Ziel der Satzung, in unserer Heimat deutsche Sozial- und Kulturarbeit im europäischen Geiste zu leisten, wurde in vielen Einzelfällen erreicht.

Hinter den meßbaren Zahlen stehen die unwägbaren Ergebnisse, und diese sind es, auf die es ankommt: Fröhliche Kinder auf der Fahrt durch Deutschland — junge Menschen, voller Erwartung beim Eintritt in die Ausbildung, unterstützt auch durch uns — frohe alte Menschen bei Ausflügen oder Weihnachtsfeiern — aktive Sportler — das alles sind Situationen, an denen wir mitwirken konnten. Sie atmen mitbürgerliches Leben, das in der Zeit der Not nach 1945 sehr gefährdet war. Und unsere Tagungen, unsere literarischen Äußerungen? Wir hoffen, daß es uns gelang, das Verständnis für die deutsche Form des Fühlens und Denkens, wie es bedeutende Menschen unseres Volkes prägten, vertiefen zu helfen, wir hoffen gleichzeitig, durch unsere Grenzfriedenshefte und unseren Beitrag zu der Reihe der d+d-Bücher eine in dieser Form neue und fruchtbare Art partnerschaftlicher Diskussion angeregt zu haben.

Ein deutscher Beobachter meinte kürzlich in einem Gespräch, daß auch der Grenzfriedensbund ein Ergebnis der nationalistischen, nunmehr überwundenen Epoche sei. Man könnte diese These diskutieren, und ganz sicher werden die Mitglieder und der Vorstand es dem Historiker Troels Fink danken, daß er in seinem Beitrag im Grenzfriedensheft 1/1970 ganz unkonventionell fragt, ob wir

nicht Veranlassung hätten, unseren Namen zu ändern. Also keine *Kursänderung*, vielleicht aber eine *Kurskorrektur*?

So viele Andeutungen, so viele Probleme. Es ist nicht die Aufgabe, diese hier eingehend abzuhandeln oder gar Lösungen vorzuschlagen. Aber es seien in diesem Zusammenhang doch einige kurze Bemerkungen zur jüngeren politischen Geschichte zu beiden Seiten der Grenze gemacht:

Mit Interesse nahmen wir die Äußerungen von Vertretern der beiden nationalen Minderheiten zur Kenntnis. Der Leiter der deutschen Volkshochschule in Tingleff, Paul Koopmann, brachte um die Jahreswende einen Beitrag zur jüngeren Geschichte des Deutschtums in Nordschleswig (s. Grenzfriedensheft 1/1970), der sich durch eine genaue Kenntnis der Details und den Mut zu neuen Gedanken auszeichnet. Sicher können gerade wir im Grenzfriedensbund ihm zustimmen, wenn er sagt: „Nicht ‚up ewich ungedeeft‘ und Eiderpolitik bilden die Leitbilder der Zeit, sondern Zweisprachigkeit und Nachbarschaft leiten diese Phase eines neuen Zusammenlebens ein.“ Und ebenfalls werden wir von der Richtigkeit dessen überzeugt sein, was der Leiter des deutschen Schulwesens in Nordschleswig, Arthur Lessow, am 10. Februar, dem Gedenktag an die Abstimmung in der 1. Zone, in Tingleff sagte, als er seiner Freude darüber Ausdruck gab, wenn heute, nach fünfzig Jahren, ein junger Nordschleswiger auf die Frage, ob er Deutscher oder Däne sei, erklärte: „Ich bin deutscher Nordschleswiger.“ Dies sei ein Bekenntnis zur deutschen Grundmelodie, aber auch ein Bekenntnis zu der Sonderform eines Deutschen, der auch Ströme der dänischen Kulturwelt in sich aufnehme und auf Grund seiner Ausbildung und Einstellung besonders befähigt sei, Vermittler zwischen zwei Völkern und Kulturkreisen zu sein. Eine solche Haltung setzt eine ungewöhnlich klare und feste menschliche und nationalpolitische Haltung des einzelnen voraus.

Wir haben uns immer wieder im Grenzfriedensbund mit dem Vorder- und Hintergründigen der menschlichen und politischen Entwicklungen hier im Lande beschäftigt, haben sie zu ergründen und zu verstehen versucht, so daß wir auch dem zustimmen können, was einer der Wortführer der dänischen Minderheit, Gerhard Ernst, besorgt in bezug auf das Dänentum im Landesteil Schleswig kürzlich ausführte: „Die Nachkriegszeit hat“, so sagte Ernst, „mit ihrem steigenden Wohlstand einen neuen, europäisch orientierten Typus Mensch der Gesellschaft geschaffen, welcher es dem dänischen Südschleswiger erschwert, sich mit der tausendjährigen Geschichte der Heimat zu identifizieren.“ Die Gegner der beiden Volksgruppen sind nicht die beiden Herbergsstaaten wie einst, sondern der Gegner ist der Zeitgeist, sofern er eine Zeit ohne Geist ist, d. h. echte gemeinschaftliche Bindungen auflöst.

Zu unserer eigenen Situation: Mit der Absicht, das gegenseitige nationale Verstehen auszubauen, trat vor zwanzig Jahren der Grenzfriedensbund auf den Plan. Er wurde nicht gerade freundlich begrüßt, weder von deutscher noch von dänischer Seite, es schien, als hätte er sich die Aufgabe gestellt, die Quadratur des Kreises zu lösen, wenn einer der Männer der ersten Stunde, unser Vorsitzender 1950/51, Bruno Diekmann, das Ziel so formulierte: Es gelte, innenpolitisch das friedliche Nebeneinander des deutschen und dänischen Volkstums zu fördern und außenpolitisch zu gutnachbarlicher Verständigung mit Dänemark zu kommen. Und wenn wir die heutige menschlich und politisch gefestigte und fruchtbare Situation an der Grenze feststellen, dann sind wir nicht so vermessen, dies nur auf unser Wirken zurückzuführen, können aber sagen, daß wir dagebewesen sind.

Wir haben in dieser Stunde aber Veranlassung, festzustellen, daß wir nicht als eine Fortsetzung etwa des Vereins für deutsche Friedensarbeit von 1909 angesehen werden können; darüber hat Richard Schenck in unserem neuesten Grenzfriedensheft Richtiges gesagt, sondern daß wir im Grunde ohne Vorbild begannen. Um so mehr haben wir für die Arbeitsergebnisse zu danken, zu danken allen Mitgliedern, die die Organisation trugen und tragen, zu danken der Bundesrepublik und dem Lande Schleswig-Holstein, ohne deren materielle Hilfe wir nicht das erreicht hätten, was erreicht wurde, zu danken vor allem drei Männern, die nicht mehr unter uns sind: *Jens Nydahl*, dem klugen und pragmatischen Politiker mit dem gütigen Herzen, der uns den Kredit zum Handeln erwarb; *Detlef Hansen*, dem selbst- und rastlosen Arbeiter und Denker, der uns viele Freunde zuführte; und *Walter Lurgenstein*, dem junggebliebenen Schüler der Arbeitervolkshochschule Harsleefeld, der den Impuls seines gesellschaftspolitischen Auftrages, sein Deutschsein und sein sozialdemokratisches Europäertum, in einer nahtlosen Einheit lebte.

Diese drei, und wir alle mit ihnen, wußten, daß die selbstgestellte Aufgabe nicht leicht sein werde. Was erreicht wurde, entstand aus dem Nachdenken über die Geschichte der Heimat und aus dem Umdenken, es entstand aus vielen internen Diskussionen im Vorstand und unter Freunden. Und aus der Fülle der Sachverhalte und der neuen Fragen, die Antworten erheischten, entstanden unsere Tagungen, unsere Schriften und Bücher. Wir konnten sie wagen, weil wir in zunehmendem Maße Zustimmung im Lande fanden — und weil wir auf dänischer Seite Gesprächspartner fanden, mit denen wir in einer noch nie dagewesenen Offenheit und Klarheit, die gelegentlich nicht ohne Schärfe waren, und trotz der psychologischen Belastung in einer bisher nicht dagewesenen sauberen menschlichen Atmosphäre sprechen konnten.

Und das Ergebnis? Wenn es zutrifft, daß der Komplex, den wir einst die Schleswigfrage nannten, heute kein politischer, sondern ein kultureller Fragenkomplex ist, wenn durch die Kieler Erklärung die Voraussetzung einer neuen geistigen Grundlage nicht nur des Lebens der Minderheiten, sondern darüber hinaus die Anfänge zu konstruktiven politischen Gesprächen zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik Deutschland geschaffen wurden, dann, so könnte man folgern, ist eine 150jährige schmerzhafteste Periode im Nebeneinanderleben beider Völker zu Ende. Spätestens seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen gäbe es dann keine Probleme mehr. Wie traurig, wenn es zuträfe.

Völker und Menschen können nicht geschichtslos leben. Lassen Sie uns auch gerade die schmerzlichen Ereignisse der Geschichte mit in die Zukunft nehmen, lassen Sie uns etwas aus ihnen machen. Es wäre doch schade, wenn es sich in Zukunft im deutsch-dänischen Verhältnis nur um die Preise von Butter, Fleisch und Industriewaren handeln würde.

Beide Völker stehen sich nahe in einer großen Tradition europäischen Geisteslebens. Beide haben seit Jahrhunderten in wechselnden Formen durch den Mund ihrer großen Vertreter des Geisteslebens miteinander diskutiert, hatten sich und haben sich, so hoffen wir, auch weiterhin etwas zu sagen.

Freilich überschätzen wir nicht unsere lokale Problematik. Jeder Blick in den Nachrichtensektor des Fernsehens etwa oder jede sonntägliche Runde des Internationalen Frühschoppens belehren uns darüber, wo heute die Akzente liegen. Sie liegen nicht auf Fragen, die an dieser Grenze gestellt werden. Dies bedeutet aber nicht, daß es hier keine Fragen gibt. Die politischen Lebensverhältnisse zu beiden Seiten unserer Grenze sind das Ergebnis gemachter Erfahrungen und das Ergebnis konstruktiven Denkens. Sie aber sind ebenso sehr das Ergebnis der Tatsache, daß in diesen Breiten Menschen leben, die aus einem Choral in beiden Sprachen, aus den Lebensdeutungen, die große Dichter und Denker beider Völker schufen, ihr Leben in einer entscheidenden und unverwechselbaren Weise bereichern. Wollte man von spezifischen Grundkräften hierzulande reden, dann müßte man von der Toleranz und dem Humor reden, durch welche vieles in unserer Heimat geprägt wurde. Den Sinn und den Blick dafür zu öffnen, so meine ich, ist eine dauernde Aufgabe auch des Grenzfriedensbundes. Er kann Kenntnisse vermitteln und anregen. Die Frage also lautet nicht: Grenzfriedensbund 1950 und was nun?, sie lautet: Grenzfriedensbund wie bisher — aber auf welchem vielleicht noch besseren Weg? Diese Frage haben wir uns im Vorstand gestellt. Es wird unsere Aufgabe sein, sie im kommenden Jahr zusammen mit unseren Mitgliedern zu beantworten.

Stellen wir fest, daß die vielen trüben Wasser nationalen Denkens im Strome der

Geschichte bei uns fortgespült wurden, daß wir heute nebeneinander leben und daß keine Seite dominieren will.

Mit jenem Vorbehalt, den man immer machen muß, wenn man die Dinge sehr vereinfacht, kann man vielleicht sagen: Das Nordschleswig von 1970 ist nicht mehr das Nordschleswig H. P. Hanssens oder Schmidt-Wodders von 1920. Ebenso wenig ist der heutige Landesteil Schleswig das, was man einstmals durch die Namen Jens Jessen oder Dr. Todsens charakterisieren konnte. Im ganzen Schleswig hielten neue technische und industrielle Lebensformen ihren Einzug — und dies blieb nicht ohne Wirkung. Aber trotz der Nivellierung der gesellschaftlichen Umstände, trotz eines Wohlstandes, der mitbürgerliche Bindung ungern praktiziert, entfalten sich deutlich erkennbar deutsche und dänische Lebensäußerungen zu beiden Seiten der Grenze als Programm — und zwar als Programm der Selbstbehauptung und der Partnerschaft zugleich. Das scheint mir der neue wesentliche Zug in der so geschichtsreichen, so farbigen geistigen Landschaft zwischen der Königsau und der Eider zu sein. In dieser Landschaft möchte der Grenzfriedensbund versuchen, ein charakteristischer Punkt zu bleiben — zunächst für die nächsten zwanzig Jahre.

Aus der Zeit des Anfangs

Der 29. September 1949 war der Tag, an dem Bruno Diekmann als Ministerpräsident dem Schleswig-Holsteinischen Landtag die Kieler Erklärung zur Annahme vorlegte, die dann auch unter weitgehender Zustimmung des ganzen Hauses erfolgte. In seiner nachstehend wiedergegebenen Gedenkrede zum zwanzigjährigen Bestehen des Grenzfriedensbundes stand diese im Mittelpunkt seiner Betrachtungen aus der Zeit des Anfangs des Landes Schleswig-Holstein.

Die Aufgabe des Grenzfriedensbundes bleibt es nach wie vor, das harmonische Zusammenleben der deutschen Bevölkerung und der dänischen Minderheit in friedlicher, sozialer und kultureller Hinsicht zu fördern.

Es sei mir, dem Mitbegründer des hier im nördlichen Gebiet unseres Landes Schleswig-Holstein kulturfördernden Grenzfriedensbundes, an diesem historischen Tage gestattet, einen Blick in die Vergangenheit zu tun, um noch einmal zu vergegenwärtigen, wie die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in unserem Lande nach dem Zusammenbruch 1945 war, insbesondere im politisch gefährdeten schleswigschen Grenzgebiet, als wir uns veranlaßt sahen, den Grenzfriedensbund ins Leben zu rufen.

*

Der Krieg war hierzulande mit all seinen Folgeerscheinungen zu Ende gegangen. Die Politik des Landes wurde damals mit einem Flüchtlingsproblem belastet, wie es andere Länder des heutigen Bundesgebietes in dem Ausmaße nicht kennenlernten. Die Bevölkerungsziffer in Schleswig-Holstein verdoppelte sich fast in nur wenigen Wochen. Es mangelte an Unterkünften, an Arbeitsplätzen. Die sozialen Anforderungen, die sich aus der mehr als fatalen Situation ergaben, konnten aus eigenem finanziellem Aufkommen nicht bewältigt werden. Es bedurfte des horizontalen Finanzausgleichs, der Hilfe finanzstarker Länder, um den Bankrott des Landes Schleswig-Holstein zu verhindern.

Zusammen mit diesen Problemen wurden die damaligen Landesregierungen und die kommunalen Institutionen im Raume Südschleswig mit den nationalen Forderungen der spontan anwachsenden Zahl der Dänischgesinnten konfrontiert. Denn unmittelbar nach Beendigung des zweiten Weltkrieges lebte im Grenzgebiet der Kampf um die ehemaligen Abstimmungsgebiete des Jahres 1920 — diesmal unter Einbeziehung der Eiderlinie — energisch wieder auf.

Die Ausgangspositionen für das Dänentum waren nach dem zweiten Weltkrieg viel günstiger als für die Deutschen. Der verlorene Krieg, die Angst vor den Russen, vor dem Kommunismus und die Angst vor der Zukunft hatten in dieser turbulenten

Zeit einen guten Boden für die dänischen Bestrebungen geschaffen, und der Erfolg war deutlich sichtbar.

Das Ziel war: Schleswig von Holstein administrativ zu trennen, um dann später auf Grund des Rechts der Selbstbestimmung Schleswig in das dänische Hoheitsgebiet einzugliedern, die Eider zur deutsch-dänischen Grenze werden zu lassen. „Die Eider wieder die dänische Grenze!“ war die Parole der dänischen Minderheit und sie wurde mit dem historischen Recht begründet, wobei man übergang, daß dieses Recht mindestens mit der nationalen Entscheidung des Jahres 1920, durch das Ergebnis der Abstimmung im nördlichen Grenzgebiet, gegenstandslos geworden war.

Ungetrübt von den wahren Tatsachen und Entwicklungen, hat es an materiellen Aufwendungen, an politischen Bemühungen nicht gemangelt, dieses weitgesteckte Ziel zu erreichen. Und da die dänische Regierung nicht bereit war — jedenfalls vorerst nicht —, die Forderungen ihrer Volksgruppe in Südschleswig zu akzeptieren, entfaltete die dänische Minderheit eine eigene Diplomatie auf internationaler Ebene, um die Trennung Schlesiwi von Holstein halbwegs durch internationale Entscheidungen zu erreichen.

Der fast dramatischen Entwicklung konnten die damaligen Landesregierungen nichts Entscheidendes entgegenstellen: Ihr standen keine zusätzlichen Lebensmittel, keine finanziellen Hilfsmittel als wirksame Gegenaktion zur Verfügung, sie hatten auf Grund des bestehenden Besatzungsrechts nicht einmal die Möglichkeit, offiziell außenpolitisch tätig werden zu können. — Die Deutschen konnten nur mit moralischen und nationalen Werten aufwarten.

An dieser Stelle muß ich der deutschen Organisationen und Vereine anerkennend und dankend gedenken, die selbstlos im Grenzgebiet für die deutschen Rechte und Werte gekämpft haben, aber auch derer, die auf dänischer Seite eine mäßigende, objektive staatsmännische Verhaltensweise gegenüber voreiligen Bestrebungen zur Verschiebung ihrer Südgrenze geübt haben.

Staatsminister B u h l erklärte schon am 9. Mai 1945, Dänemarks Grenze läge fest, und Staatsminister H e d t o f t äußerte dem Sinne nach: „Die Gebietsveränderung im Süden Dänemarks ist vorerst nicht akzeptabel.“ Denn die dänischen Regierungen konnten nicht sogleich ermessen, ob der sich so spontan äußernde nationale Gesinnungswechsel im Raume Schleswig von Dauer sein würde.

Eine Gebietsveränderung an der Grenze war auch kein Gegenstand von Besprechungen mit der britischen Militärregierung.

Es war jedoch ganz offensichtlich: Die dänische Bewegung in Südschleswig erstrebte eigenmächtig und unabhängig von diesen offiziellen Stellungnahmen mit allen ihr zur Verfügung stehenden politischen Mitteln das Recht auf Selbstbestimmung zum frühestmöglichen Termin zu praktizieren, zu mindestens aber die administrative Trennung von der einheitlichen Verwaltung des Landes als Vorbereitung auf dem Wege zu einer Grenzverschiebung zu erreichen.

Die Entwicklung in Südschleswig war deshalb besorgniserregend und belastete zusätzlich die Landespolitik, deren Prioritäten der wirtschaftliche Wiederaufbau und die Anhebung des sozialen Niveaus im Lande waren. Die Bestrebungen der dänischen Minderheit veranlaßten die Landesregierung, durch Absprache mit den Partnern zu einer Ordnung zu kommen, die den verschiedenen Bevölkerungsgruppen im Grenzraum ein friedliches Nebeneinanderleben wieder ermöglichen sollte. Selbstverständlich wollten wir auch das uneingeschränkte deutsche Territorium gewährleistet wissen. Da aber Südschleswig durch die Aktionen der dänischen Minderheit und dänischer nationaler Organisationen auf die Ebene internationaler Interessen geraten war, mußte die Initiative zur Verständigung in diesem Raum von der britischen Besatzungsmacht ausgehen; denn die deutschen Verwaltungsbehörden und die sich neu bildenden Institutionen der Politik hatten noch keine Zuständigkeiten für außenpolitische Angelegenheiten. Es wurde darum damals eine Kommission zur Regelung der Minderheitenfragen gebildet, bestehend aus Mitgliedern der Besatzungsmacht, der Landesregierung, der dänischen Minderheit und Gästen aus Dänemark — unter dem Vorsitz des britischen Gouverneurs Asbery.

Ein Wort noch zu dieser „Initiative“, die Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen — Einheimische, Flüchtlinge und Dänen — abzubauen. Wer hat das Anrecht auf die Urheberschaft?

Dieser Frage begegnet man immer wieder, wenn man die Probleme dieser Zeit Revue passieren läßt. Ich finde, das ist eine völlig überflüssige Frage. Keiner war an der Lösung der vordringlichen politischen Probleme und an dem Abbau der nationalen Spannungen mehr interessiert als die damalige sozialdemokratische Landesregierung — und die Bevölkerung hier im Norden nicht weniger. Es geht hier nicht um das Erstgeburtsrecht, sondern um den Willen, Ordnung im Sinne freiheitlicher Demokratie herzustellen, um ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen — das war der maßgebende Faktor dieses Unternehmens.

Mehrere Sitzungen des Ausschusses und des Unterausschusses haben dann

stattgefunden, um eine für alle Beteiligten befriedigende Basis zu finden. Zur Ergänzung der Ausschußsitzungen und seiner Verhandlungen bedurfte es dringend der Gespräche mit verantwortlichen Politikern Dänemarks und mehrfacher inoffizieller Abstimmung des Fragenkomplexes mit den in Frage kommenden Kabinettsmitgliedern, schließlich auch mit dem Staatsminister.

Man glaube nur nicht, daß dieses Engagement mit den dänischen Politikern so einfach gewesen ist.

Erstens hatten wir — die Landesregierung — keine diplomatischen Zuständigkeiten, um mit dem Ausland offiziell zu verkehren, obwohl wir der maßgebende Verhandlungspartner waren, mit dem über die vorläufige Beilegung der Konflikte in Südschleswig gesprochen werden mußte.

Zweitens stand das schwerwiegende Unrecht, das mit der politisch-militärischen Besetzung während des zweiten Weltkrieges dem dänischen Volke angetan wurde, als tiefer Graben zwischen uns und den Dänen.

Drittens war „Südschleswig“ ein sehr empfindliches nationales Problem Dänemarks geworden.

Tastend nur mußten wir ergründen, ob in Dänemark überhaupt Bereitschaft vorhanden war, mit uns über delikate politische Fragen zu sprechen, die beiden Seiten auf den Nägeln brannten. Die Besprechungen begannen zunächst mit den führenden Politikern der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks und endeten schließlich beim damaligen Staatsminister Hedtoft und seinen Kabinettsmitgliedern und erzielten Übereinstimmung.

Letzten Endes wollten wir, die Landesregierung, über den Weg des Gesprächs mit den dänischen Politikern auch ein gutnachbarliches Verhältnis zum Staate Dänemark und seiner Bevölkerung einleiten, entsprechend dem bewährten Abkommen vom 25. November 1923 zwischen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Dänemarks, zwischen Wels und Stauning.

Auch im eigenen Lande gab es unter den verantwortlichen Politikern über die Formulierung, die der Verständigung mit der dänischen Minderheit dienen sollten, wegen der provozierten Entwicklung im Norden Ressentiments und Vorbehalte. Selbst in den Reihen der eigenen Parteifreunde mußte Übereinstimmung in der Gewährleistung freiheitlicher Rechte und der Auslegung der Landessatzung erzielt werden, soweit es die Grundrechte gegenüber der dänischen Minderheit betraf, und darüber, wieweit Dänemark bereit sei, der deutschen Minderheit in Dänemark gleiche Rechte zu gewähren.

*

Schließlich kam es zur Kieler Erklärung, die am 26. September 1949 vom Landtag des Landes Schleswig-Holstein bei zwei Stimmenenthaltungen ratifiziert wurde.

DIE KIELER ERKLÄRUNG

Die Kieler Erklärung ist eine einseitige Erklärung. In ihrer Präambel kommt zum Ausdruck, daß die Schleswig-Holsteinische Landesregierung von dem Wunsche erfüllt sei, ein friedliches Zusammenleben der dänischen Minderheit mit der deutschen Bevölkerung zu sichern, die berechtigten Belange der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein zu gewährleisten und ein gutnachbarliches Verhältnis zum dänischen Volke herbeizuführen. Und nun kommt ein für die damalige Zeit und Situation sehr bedeutsamer Satz:

„In der Erwartung, daß die dänische Regierung der deutschen Minderheit in Dänemark dieselben Rechte und Freiheiten einräumen und garantieren wird ...“

In der Erklärung wurde die freie Entfaltung des kulturellen Lebens der dänischen und der friesischen Minderheit mit dem Anspruch auf öffentliche Mittel gewährleistet, mit dem gleichberechtigten Zugang ihrer Mitglieder zu Ämtern und politischen Vertretungen. Das wollten wir auch für die Deutschen im dänischen Raum erreichen.

Heute besteht auf Grund der Praktizierung der Kieler Erklärung ein weitgespanntes Netz der dänischen Kultur- und Bildungsinstitute im schleswigischen Raume. Die Kieler Erklärung hat über die Grenzen unseres Landes hinaus Anerkennung gefunden. Als ich bald nach der Ratifizierung in London mit dem damaligen Deutschlandminister Haynd zusammentraf, beglückwünschte er die Landesregierung, würdigte die Kieler Erklärung als einen Akt von geschichtlicher Bedeutung und als ein Zeichen demokratischer Haltung. Das Echo im Ausland war erfreulich, aber der Landesregierung ging es weniger um das Kompliment historischer Bedeutung.

Wir wollten mit dieser Erklärung unsere Ordnung im nördlichen Grenzgebiet und Sicherheit unserer Grenze und unseres territorialen Gebietes.

Wir wollten mit dieser Erklärung unseren Willen zur Völkerverständigung auch im Namen der werdenden Bundesrepublik Deutschland öffentlich dokumentieren.

Wir wollten mit diesem politischen Akt beweisen, daß das neue Deutschland bereit sei, sich mit einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung in die Phalanx westeuropäischer Staaten mit demokratischer Staatsordnung einzureihen.

Wichtig erschien uns die Regelung auch der menschlichen Probleme, die Befriedung im Raume Südschleswig, das gesunde Nebeneinanderleben der Bevölkerungsgruppen, die gegenseitige Achtung und Respektierung politischer, nationaler und weltanschaulicher Bekenntnisse.

Die Kieler Erklärung und die Bemühungen um die Befriedung im schleswigschen Raume sind das Ergebnis einer umfassenden langjährigen Teamarbeit gewesen. In diesem Zusammenhang darf ich die Namen der Herren Wilhelm Käber, Dr. Richard Schenck, Dr. Hans Mühling, Jens Nydahl, Dr. Lauritz Lauritzen, Walter Lurgenstein und Detlef Hansen nennen, die sich besonders um die Verständigung bemüht haben. Aber nicht nur wir waren die Makler der Verständigung, auch die Bereitschaft der Opposition (CDU) im Landtag, der gute Wille der verantwortlichen dänischen Minderheit und die verständnisvolle Haltung dänischer Politiker und Staatsmänner — sie alle haben ihren direkten und indirekten Beitrag hierzu geleistet. Ihnen allen ist unser aufrichtiger Dank zu sagen.

Mit der Ratifizierung der Kieler Erklärung stand die nationalpolitische Existenz Südschleswigs nicht mehr im internationalen Blickpunkt, von einer akuten Grenzverschiebung war keine Rede mehr.

Die Kieler Erklärung war aus bestimmten Gründen eine einseitige Erklärung. Es war abzusehen, daß zu gegebener Zeit hinsichtlich der Rechte der dänischen Minderheit und der gut nachbarlichen Zusammenarbeit zwischen Dänemark und der Bundesrepublik beiderseitige Erklärungen fällig werden müßten, d. h. daß die Bundesrepublik die Verantwortlichkeit im nördlichen Grenzgebiet zu übernehmen habe. Und das geschah mit der Bonn-Kopenhagener-Erklärung im Jahre 1955. Mit dem Abschluß dieser diplomatischen Dokumentation fand die Kieler Erklärung ihre Bestätigung und Erfüllung.

Sicher ist, daß beide Erklärungen gleichwertige Bedeutung haben, wenn man die Grenzbefriedung bewerten will. Die eine Erklärung ist ebenso wichtig wie die andere. Es ist aber anzunehmen, daß die Grenzsituation heute eine andere wäre, wenn die Kieler Erklärung ihre politische Taufe nicht bestanden hätte.

Meine politischen Freunde haben nach der Verabschiedung der Kieler Erklärung zunächst den Grenzausschuß und am 11. März 1950 den Grenzfriedensbund ins Leben gerufen. Mit der Gründung wurde die Absicht verbunden, andere Wege in der deutschen Grenzlandarbeit zu gehen, d. h. der Akzent der Arbeit sollte weniger auf der Hervorhebung des nationalen Auftrags liegen als vielmehr auf Kleinarbeit im Bereich der unmittelbaren Sozialhilfe und der breit gestreuten kulturellen Förderung im Grenzgebiet.

*

Mir, dem Mitbegründer des Grenzfriedensbundes, sei es gestattet zu sagen: Der Organisation ist es gelungen, in diesem Sinne und auch im Sinne der Leitmotive der Kieler Erklärung erfolgreich für das friedliche Nebeneinander der Menschen im Grenzland und für das gut nachbarliche Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Dänemark zu arbeiten;

der Grenzfriedensbund bringt am Ende jeden Geschäftsjahres den Nachweis seiner recht beachtlichen, sich über viele Sozial- und Kulturgebiete erstreckenden potentiellen Arbeitsleistung im Grenzland;

diese Leistungen haben über die Grenzen des Landes hinaus Anerkennung gefunden und dazu beigetragen, das deutsche Ansehen im Grenzgebiet und in der internationalen Welt zu stärken.

Den Grenzfriedensbund beglückwünsche ich zu diesem Erfolg! Dem Vorstand des Grenzfriedensbundes, der hier oben im Norden um die Verständigung der Menschen untereinander bemüht ist, spreche ich im Namen der Gründer die Anerkennung für die kontinuierliche Arbeitsleistung aus, die hier in aller Stille praktiziert wurde und wird. Meine Hochachtung gilt dem Vorsitzenden, gilt Ihnen, sehr verehrter Herr Dr. Johannsen, für Ihre umsichtige Leitung dieses Grenzfriedensbundes.

Der Organisation wünsche ich weiterhin erfolgreiche Arbeit.

EIN MUSTERBEISPIEL VERTRÄGLICHER NACHBARSCHAFT

„Die Minderheiten zu beiden Seiten der Grenze, die sich sowohl mit dem Land, in dem sie leben, wie mit ihrer kulturellen Heimat verknüpft fühlen, sind ein wertvolles Bindeglied zwischen unsern Völkern. Die dänisch-deutschen Grenzgebiete sind heute ein Musterbeispiel verträglicher Nachbarschaft.“

Bundespräsident Heinemann bei seinem Besuch in Kopenhagen am 9. Juni 1970.

Ein Blick in die Vergangenheit

Aus der Zeit des Anfangs des Landes Schleswig-Holstein

In der Zeit von 1947 bis 1950, in der die Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein die Regierungsverantwortung trug, war Wilhelm Käber der Innenminister des Landes und vom August 1949 bis September 1950 gleichzeitig der Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Persönliche Erinnerungen an diese schwierige Zeit des gesellschaftlichen und politischen Neubeginns in diesen Jahren standen im Mittelpunkt seiner Betrachtungen zur Feier des zwanzigjährigen Bestehens des Grenzfriedensbundes.

Auf den Tag genau vor dreiundzwanzig Jahren — es war der 25. April 1947 —, es war sogar in dieser Stunde, billigten die Sozialdemokraten Schleswig-Holsteins jene Erklärung, die Ministerpräsident Hermann Lüdemann am 8. Mai 1947 vor dem ersten gewählten Landtag abgab. Diese Erklärung ist in ihren Grundsätzen programmatisch für die Politik der Landesregierung in den Jahren 1947 bis 1950, aber auch für die Haltung der Sozialdemokraten als parlamentarischer Opposition im Schleswig-Holsteinischen Landtag ab 1950.

Am 8. Mai 1947 erklärte Hermann Lüdemann u. a. (ich zitiere eine Passage mit sehr deutlichen, heute sogar hart klingenden Worten. Insoweit ist sie ein Kind — ein Dokument — jener unruhigen Zeit):

„Aus einer konsequent europäischen Haltung verteidigt die Landesregierung das deutsche Volkstum und die deutsche Gebietshoheit gegen die separatistischen Bestrebungen im Norden des Landes. Sie erkennt die Grenze von 1920 an und bejaht das Recht der dänischen Volksgruppe auf freie kulturelle Entwicklung unter der Bedingung, das gleiche Rechte der deutschen Volksgruppe in Dänemark eingeräumt werden. Den deutschsprechenden und bisher deutschgesinnten Separatisten aber bestreitet die Landesregierung das Recht, ihrem Volke in der Stunde der Not den Rücken zu kehren.“

Diese Erklärung wurde inhaltlich am 29. August 1949 von Hermann Lüdemanns Nachfolger, Bruno Diekmann, wiederholt.

Die *gewählte* Regierung unter der Leitung Hermann Lüdemanns und später Bruno Diekmanns hat von der Militärregierung Handlungsfreiheit in der Minderheitenpolitik gefordert und schrittweise durchgesetzt. Damit gewann sie hierin eine günstigere Ausgangsposition als die *ernannte* Regierung Theodor Stelzers. Das gilt besonders für unerläßliche Kontakte mit verantwortlichen

Politikern in Dänemark. Zu den Fragen der Grenze und der Minderheiten hatten sowohl das Kabinett Lüdemann als auch das Kabinett Diekmann einen klaren Standpunkt und wußten sich in Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie Dänemarks.

Der dänische Staatsminister Vilhelm Buhl hat seine Erklärung vom 9. Mai 1945, „daß die Grenze festliegt“, am 11. Juni des gleichen Jahres mit folgenden Worten näher erläutert: „Dänisch und Deutsch muß vor dem tiefen Hintergrund der Geschichte gesehen werden, und das dürfen wir Dänen nie aus dem Auge verlieren, am wenigsten jetzt, wo der totale Zusammenbruch Deutschlands in Versuchung führen kann.“

An dieser Haltung unserer politischen Freunde in Dänemark hat sich in der folgenden unruhigen Zeit nichts geändert. Wie Bruno Diekmann erinnere ich mich gern der zahlreichen Gespräche mit Hans Hedtoft, H. C. Hanssen und vielen anderen führenden Sozialdemokraten Dänemarks. Dazu gehört vor allem Frede Nielsen. Seine Einstellung zur Volkstumsarbeit wurde gelegentlich als grenzkämpferisch gedeutet. In seiner Kopenhagener Stadtwohnung habe ich Frede Niensens Argumentation über seine Grenzlandsarbeit aufmerksam zugehört. Für seine Ansichten zur Grenzfrage möchte ich jedoch einen unverdächtigen Zeugen zitieren: Hermann Clausen. Ihn kannte ich als in der Sache engagierten Kollegen im Landtag.

Hermann Clausen, in seiner Grundhaltung oft kritisch, aber um verlässliche Informationen bemüht, wollte sich über Frede Niensens Meinung Klarheit verschaffen, als er ihn Anfang März 1946 fragte:

„Wie stellt sich Dänemarks Sozialdemokratie zur Frage einer Volksabstimmung in Südschleswig über die Vereinigung mit Dänemark?“

Frede Nielsen: „Nein, Clausen, das wird niemals etwas, wir glauben nicht, daß die Bewegung in Südschleswig echt ist, sie ist konjunkturbestimmt. Wir glauben nicht, daß Angler Bauern gute Dänen werden, und südlich des Danewerks hat niemals ein Dänentum existiert. Wir haben wahrhaftig viel Spektakel mit der kleinen deutschen Minderheit in Nordschleswig gehabt. Wir wollen keine größere deutsche Minderheit in Dänemark haben.“

Das Bild der Zeit des Anfangs wäre unvollständig ohne eine Bemerkung über Ministerpräsident Theodor Steltzer. In manchem Gespräch beklagte er sich bitter über die Reaktion seiner politischen Freunde. Sie verstanden den tragischen Konflikt nicht, in den er durch die Haltung der Militärregierung und seine Schweigepflicht über Informationen aus Kopenhagen zur Grenzfrage geraten war. Theodor Steltzer wollte und konnte nicht darüber reden, daß die dänische Regierung nicht hinter den Auswüchsen der dänischen Propaganda in Südschleswig stand. Er selber wußte, daß die deutschgesinnte Bevölkerung seine Haltung als zu lau ansah. Er wollte sich aber nicht gegen eine Gefahr wenden, von

der er wußte, daß sie nicht bestand.

*

Der 8. Mai 1945 leitete eine neue und folgenschwere Entwicklung ein. Das Deutsche Reich war zusammengebrochen. Es gab keine ordnende Staatsgewalt mehr. Hunderttausende Flüchtlinge strömten nach Schleswig-Holstein ein. Zu zehn Einheimischen kamen sieben andere, nämlich Flüchtlinge oder Vertriebene. Die Wirtschaft des Landes lag brach oder war vernichtet. Die Zahl der Arbeitslosen stieg erheblich und bedrohlich.

In diesem Zusammenhang sollte man auch die Lage weiter Teile der einheimischen Arbeiterschaft beurteilen. Auch sie sah sich wirtschaftlich vor dem Nichts. Ihr Verlangen nach einer freiheitlichen Lebensform — seit vielen Jahrzehnten gefordert — erschien unerfüllbar. In der Ausweglosigkeit dieser Zeit beschäftigte viele Menschen der Wunsch: Weg von Deutschland — hin zu dem geordneten Staatswesen Dänemark. Besonders aber bei den sonst national Indifferenten und den Angehörigen des „schwebenden Volkstums“ spielten derartige Überlegungen eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Dem deutschen Zusammenbruch im Mai 1945 folgte — man könnte es so formulieren — der große nationale Erdrutsch. Bis 1947 versiebzigfachte sich die Wählerzahl der Dänischgesinnten. Hatten sie 1932 bei der Wahl zum Reichstag etwa 1 400 Stimmen, so waren es am 20. April 1947 bei der Wahl des Schleswig-Holsteinischen Landtages rund 100 000 Stimmen. Aber auch, wenn man die Kreistagswahl von 1933 mit 4 300 dänischen Stimmen zum Vergleich heranzieht, besteht die gleiche Relation.

Was ging eigentlich vor sich? Handelte es sich um den „Aufbruch verschütteten Dänentums“, das heißt, um eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende nationale Bewegung, oder lediglich um eine zeitbedingte politische und soziale Erscheinung? Oder anders gefragt: Was ist oder wer ist eigentlich Minderheit? Es gibt keine objektiven Kriterien für eine brauchbare Definition. Entsprechend unserer Grundhaltung als Sozialdemokraten sahen wir das Bekenntnis zu einer nationalen Minderheit weitgehend als eine Frage der Gesinnung. Damit mußte die Entscheidung des einzelnen frei sein.

Vor dieser und ähnlichen Fragen standen wir damals besonders in den unruhigen Tagen in Flensburg, in Husum und an anderen Orten. Bei besonderem Anlaß, etwa Wahlkundgebungen, standen oft viele tausend Menschen einander feindlich, ja man kann sagen, feindselig gegenüber. Die Lage war zeitweilig außerordentlich bedrohlich. Von leidenschaftlichen Gefühlen gelenkte Fäuste traten an die Stelle von Argumenten. Langjährige Freundschaften zerbrachen. Die Front verlief oftmals mitten durch die Familien. Hierher gehört der Hinweis auf die besonders tragische Entwicklung, die schließlich zur nationalen Spaltung der SPD und zur

Halbierung der Sozialdemokratischen Partei in Flensburg führte. Ich bin nicht sicher, ob alle Wunden, ob alle Narben bereits verheilt sind.

Mir als dem damaligen Innenminister standen geeignete Mittel zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung kaum zur Verfügung. Die Zahl der Polizeibeamten war zu klein, dafür die Empfindlichkeit der Briten — sie waren letztlich Befehlshaber der Polizei — für jeden Einsatz um so größer. Weisungen an die kommunale Selbstverwaltung erschienen von vornherein wenig wirksam. Der Riß ging mitten durch ihre Organe. Überdies war das Vertrauen der Bevölkerung in die örtlichen Ordnungsbehörden, besonders aber in die örtliche Polizeiführung, geteilt. Auch die Beamten waren Menschen, die irgendwie Partei nahmen. In dieser gespannten Lage wählte ich das Gespräch mit ruhig denkenden, besonnenen Männern von Einfluß in beiden Lagern.

I. C. Möller, der damalige Oberbürgermeister in Flensburg — er wurde es am 15. Mai 1945 — war eine zentrale Figur. Klug und geschickt und von angenehmer Art, half er mir bei der Sicherung von Ruhe und Ordnung. Ein nicht im Landesteil Schleswig stationierter, aber mit der Mentalität der Minderheiten bestens vertrauter Polizeibeamter — Polizeirat Weißbach — bewährte sich als Verbindungsmann. Selbst die turbulenten Tage vor der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag verliefen relativ geordnet. Es ist mir ein Bedürfnis, in diesem Zusammenhang und heute darauf hinzuweisen, daß Oberstleutnant Lunding uns wertvolle Hilfe gab. Ein hochbefähigter und auch in Deutschland geschätzter dänischer Offizier half uns mit seinen Verbindungen. Hans Hedtoft sagte mir mehrfach, Oberst Lunding genieße sein volles Vertrauen. Ich könne ihm alles anvertrauen, was für ihn bestimmt sei.

Ich will hier eines bemerken: Wegen dieses „Paktierens mit dem Feind“ — gemeint war I. C. Möller — mußte ich manch böses Wort „kämpferischer Patrioten“ überhören. Wie Sie sehen, habe ich es überstanden.

Lassen Sie mich hierbei einfügen: Unsere Gespräche mit führenden dänischen Politikern haben zur Beschleunigung zahlreicher Verfahren im Zuge der Rechtsabrechnung mit Angehörigen der deutschen Minderheit beigetragen. Es ging manches schneller und großzügiger.

Dann kam die Landtagswahl vom 12. Sept. 1954. Mit der noch immer beachtlichen Zahl von 42 000 Stimmen lag der SSW aber unter der Fünf-Prozent-Grenze. 42 000 Wähler der Minderheit hatten nach geltendem Wahlrecht keine parlamentarische Vertretung. Das war eine auch vom Standpunkt der Landesregierung höchst unbefriedigende Situation, um so mehr, als ein Jahr zuvor, also im Jahre 1953, die deutsche Minderheit mit 9 700 Stimmen einen Sitz im Folketing erhalten hatte. Namens der Sozialdemokraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag beantragte ich kurz nach der Landtagswahl — bereits am

18. November 1954 — die nationale Minderheit von der Fünf-Prozent-Klausel zu befreien und bis zur Neuwahl des Landtages zwei Vertreter des SSW von der zugelassenen Landesliste mit dem Status der Berliner Bundestagsabgeordneten in den Landtag zu berufen. Diesen Vorschlag lehnte die Landesregierung unter Ministerpräsident v. Hassel ab. Es waren überwiegend formale Gesichtspunkte, welche diese Haltung bestimmten. Mit großer Geduld und Zähigkeit erreichten wir schließlich einen Kompromiß. Am 30. März 1955 beantragte die Regierung v. Hassel, daß die Fünf-Prozent-Klausel künftig nicht für Parteien der dänischen Minderheit gelten solle. Eine Übergangsregelung brachte der dänischen Minderheit ein gewisses Informations- und Mitspracherecht. Diese Entwicklung muß vor folgendem Hintergrund gesehen werden: 1949 entschied sich Dänemark für den Eintritt in die NATO. Als Deutschland 1955 Mitglied der NATO wurde, wurden die Mitgliedschaft in der NATO und die Minderheitenprobleme politisch miteinander verbunden. In den ersten Gesprächen zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Dänemark behandelten Dr. Adenauer und H. C. Hansen dieses Thema. Die vorsichtigen und behutsamen Worte H. C. Hansens waren für die weiteren Entscheidungen sehr hilfreich. Rückschauend kann gesagt werden, daß sie der damaligen Landesregierung den Anstoß gaben, über den eigenen Schatten zu springen.

Ministerpräsident v. Hassel sah in seinen Ausführungen vom 8. November 1954 die beste Lösung der schwebenden Fragen im Rahmen eines Minderheitenabkommens. Ich trat diesem Vorschlag nicht bei, weil wir Sozialdemokraten im Schleswig-Holsteinischen Landtag einen besonderen Staatsvertrag nicht für erforderlich hielten. Die Frage der nationalen Minderheit ist die eigene Angelegenheit eines jeden Landes und keine internationale Frage.

*

Das waren einige Bemerkungen aus der Zeit des Anfangs. Ich habe mich bemüht, die Fakten sachlich-nüchtern vorzutragen und keinerlei Emotionen zu wecken. Zwanzig Jahre danach sollten wir alle die Dinge mit Abstand betrachten.

Um nicht nur auf die eigenen Erinnerungen angewiesen zu sein, habe ich einiges Material über die Zeit des Anfangs studiert. Ich fand erstens Lageberichte und Schilderungen kritischer Situationen von unmittelbar Beteiligten bzw. persönlich stark Engagierten aus beiden Lagern. Persönliche Erlebnisse erregender Art führten vielfach offensichtlich die Feder. Es ist gut, daß es diese Aufzeichnungen gibt. Sie sind aufschlußreiche Stimmen jener Tage. Den Verfassern wissenschaftlicher Arbeiten zum Zeitgeschehen standen entsprechende Aufzeichnungen aus den Jahren bis 1950 offenbar nicht zur Verfügung. Dabei ist mir klar geworden, in welchem hohem Maße die Grenzfriedenshefte und die d+d-Taschenbücher für ein Studium der Probleme an der Grenze begrüßenswert und wertvolle Beiträge sind. Ich wünsche dem Grenzfriedensbund weiterhin Erfolg bei

dem Bemühen, die Vorgänge nach dem Zusammenbruch vom Mai 1945 so objektiv, wie es Menschen möglich ist, zu analysieren, Struktur und Motive jener Menschen zu untersuchen, die auf dem Wege in die eigene Zukunft unsicher wurden, weil sie den Glauben an die Zukunft ihres Volkes verloren hatten.

*

Zum Schluß noch diese Bemerkung: Bundeskanzler Willi Brandt hat in diesen Stunden in Oslo erfolgreich dazu beigetragen, daß die EWG allen europäischen Staaten offensteht und die politische Einigung aller Europäer nicht länger nur ein schöner Wunschtraum bleibt. Hoffen wir, daß Brandts Bemühungen für das vereinigte Europa recht bald auch von denen verstanden und unterstützt werden, die in diesen Tagen mit schlechtem Stil kein gutes Spiel treiben.

Der Verlauf der Zwanzig-Jahr-Feier

Aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens hatte der Grenzfriedensbund, abweichend von seiner Tradition, unter Erweiterung des Programms zu seiner Mitgliederversammlung 1970 diesmal nach Flensburg eingeladen. Drei Veranstaltungen an drei verschiedenen Örtlichkeiten der Stadt waren zu einem Gesamtprogramm zusammengefügt worden: eine Feierstunde im Bürgersaal des Flensburger Rathauses, die eigentliche Mitgliederversammlung im Großen Saal des Deutschen Hauses und die Ausstellung „Stichworte eines Dialoges — zwanzig Jahre Grenzfriedensbund 1950—1970“ im Ausstellungsraum der Stadtbücherei. Zu der Feierstunde am Vormittag des 25. April hatten sich unerwartet viele Mitglieder und Gäste — über dreihundert an der Zahl — von diesseits und jenseits der Grenze in der für repräsentative Veranstaltungen den rechten Rahmen abgebenden Bürgerhalle des Rathauses eingefunden — ein festliches Bild. Die Feierstunde selbst war — und wie sich herausstellte, zu einseitig — allein auf das Wort gestellt: das dichterische mit Texten von Emil Nolde und Willy-August Linnemann als Auftakt und Ausklang — gesprochen vom Oberbürgermeister der Stadt Flensburg, Heinz Adler, unserem Vorstandsmitgliede — und programmatisch und politisch bedeutsamen Worten als Zeugnis vom Wollen, Wirken und Vollbringen des Grenzfriedensbundes durch zwei Jahrzehnte.

Dr. Johannsen ging in seiner Betrachtung von der Frage aus, ob der Kurs, den der Grenzfriedensbund in der zurückliegenden Zeit gesteuert hat, richtig gewesen ist — und er beantwortete die selbstgestellte Frage mit einem eindeutigen Ja, um abschließend festzustellen, daß es darauf ankommt, in Zukunft noch besser und effektiver zu arbeiten.

Es war durchaus sinnvoll und berechtigt, zwei Männern der ersten Stunde des Landes Schleswig-Holstein, dem damaligen Ministerpräsidenten Bruno Diekmann und seinem Stellvertreter und Innenminister Wilhelm Käber an diesem Tage und aus diesem Anlaß das Wort zu geben. Wer wollte es ihnen verargen, daß sie die schwere Zeit des Neubeginns in unserem Lande heraufbeschworen und mit Engagement und Stolz über das von ihnen grenzpolitisch Gewollte und Geleistete sprachen. Wer wollte es einem Politiker von Fleisch und Blut übelnehmen, daß er seinen politischen Standort nicht verleugnete und bei dieser Gelegenheit auch die Tagespolitik in seine Rede mit einfließen ließ? Daß dies jedoch von einigen Teilnehmern mit Mißfallen konstatiert wurde, zeigt deutlich, wie allergisch man bei aller Betonung des guten Miteinanders auskommens gelegentlich noch aufeinander reagiert (siehe den nachstehenden Bericht von „Flensburg Avis“).

Dabei darf mit Genugtuung über die Anerkennung des Geleisteten vermerkt werden, daß in den Grußworten (u. a. Ministerialdirektor Kreuzer als Vertreter des Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Innenminister Dr. Schlegelberger als Vertreter des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten, Stadtpräsident Arthur Thomsen für die Stadt Flensburg und der dänische Generalkonsul Professor Dr. Troels Fink) die Arbeit des Grenzfriedensbundes in den zurückliegenden zwanzig Jahren und auch für die Zukunft durchaus positiv bewertet wurde.

Das gemeinsame Mittagessen im Deutschen Haus im Anschluß an die Feierstunde und die darauffolgende kurze Mitgliederversammlung — Wahlen standen nicht auf der Tagesordnung — verliefen in voller Harmonie.

Zum Abschluß des Tages wurde von den Teilnehmern die Ausstellung in der Stadtbücherei in Augenschein genommen, deren inhaltlich und drucktechnisch sehr sorgfältig hergestellter Katalog über den Tag hinaus seinen Wert behalten wird. Die Ausstellung ist übrigens der Stadtbücherei Flensburg vom Grenzfriedensbund als Dauergabe übereignet worden. So darf die Feier des zwanzigsten Jahrestages der Gründung im ganzen genommen für den Grenzfriedensbund durchaus als ein Erfolg angesehen werden.

Pressestimmen

FLENSBURGER TAGEBLATT

Der vor 20 Jahren gegründete Grenzfriedensbund wird sich in Zukunft noch stärker um Begegnungen und Kontakte im europäischen Geiste zwischen Deutschen und Dänen bemühen. Das ist das Fazit vieler Reden und Gespräche bei den Veranstaltungen des Grenzfriedensbundes aus Anlaß seines zwanzigjährigen Bestehens. Einen breiten Raum wird auch weiterhin die soziale Betreuung einnehmen. Auch die geistige Auseinandersetzung mit den besonderen Problemen im Grenzland auf Tagungen und in Publikationen wird ein spezielles Anliegen des Bundes bleiben. Gleichsam als „Initialzündung“ für spätere Begegnungen im größeren Rahmen begrüßte der Vorsitzende, Dr. Hans Peter Johannsen, in der Bürgerhalle des Flensburger Rathauses unter den zahlreichen Gästen angehende Lehrer und eine Gruppe von Schülerinnen aus Dänemark, die mit Studenten der PH Flensburg und mit Schülerinnen aus der Fördestadt auf Anregung des Grenzfriedensbundes zu freundschaftlichem Gedankenaustausch gekommen waren.

*

Dr. Johannsen betonte in seiner Begrüßung, daß vor 20 Jahren das Bemühen um Verständigung zwischen Deutschen und Dänen fast der Aufgabe gleichkam, die Quadratur des Zirkels zu lösen. Heute scheine es so, als sei eine 150jährige schmerzhafteste Periode im Nebeneinander beider Länder zu Ende. Beide Völker stehen sich in einer großen Tradition europäischen Geisteslebens nahe und haben sich auch in Zukunft viel zu

sagen, betonte Dr. Johannsen. Es wäre schade, wenn es im deutsch-dänischen Verhältnis nur noch um die Preise von Butter, Fleisch und Industrieerzeugnissen ginge.

Die vielen trüben Wasser nationalen Denkens seien bei uns im Strom der Geschichte fortgespült worden, heute entfalten sich, trotz technikgeprägter Lebensformen, deutlich erkennbare deutsche und dänische Lebensäußerungen zu beiden Seiten der Grenze als Form der Selbstbehauptung und Partnerschaft zugleich. „Das scheint mir der neue wesentliche Zug in der so geschichtsreichen und farbigen geistigen Landschaft zwischen der Königsau und der Eider zu sein. In dieser Landschaft möchte der Grenzfriedensbund verbleiben“, sagte Dr. Johannsen abschließend.

*

Der frühere Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Bruno Diekmann, Vorsitzender des Grenzfriedensbunds in den Jahren 1950/51, sprach über die schwierige Anfangszeit des Bundes. Es sei heute müßig zu fragen, wer damals die Initiative ergriffen habe, um Spannungen zwischen den Bevölkerungsgruppen (Einheimische, Flüchtlinge und Dänen) abzubauen.

Keiner sei an der Lösung dieses Problems stärker interessiert gewesen als die damalige sozialdemokratische Landesregierung. Nicht das „Erstgeburtsrecht“, sondern der Wille, Ordnung im Sinne freiheitlicher Demokratie herzustellen, um ein friedliches Nebeneinander zu ermöglichen, sei der maßgebende Faktor gewesen. Einer Annäherung an Dänemark habe damals das schwerwiegende Unrecht

entgegengestanden, das mit der politisch-militärischen Besetzung während des Weltkrieges dem dänischen Volk angetan worden sei. Ein tiefer Graben lag damals zwischen Dänen und Deutschen.

*

Über die Zeit des Anfangs sprach aus persönlicher Sicht auch der damalige Innenminister des Landes, Wilhelm Käber. Die Regierung habe bereits 1947 klar den Anspruch der Unantastbarkeit der Grenze vertreten. Käber erwähnte den damals sehr starken Trend hin zum geordneten Dänemark; rund 100 000 Wähler hätten sich 1947 dänisch entschieden. Die Lage im Grenzraum sei zeitweise bedrohlich gewesen, die Bevölkerungsgruppen hätten sich teilweise feindselig gegenübergestellt. Die Landesregierung habe in jenen kritischen Monaten immer wieder das Gespräch mit besonnenen Männern auf beiden Seiten gesucht und sei, trotz völlig unzulänglicher Mittel, unermüdlich für einen friedlichen Ausgleich eingetreten. Käber schlug dann den Bogen zu Bundeskanzler Brandts Bemühungen um Verständigung. Was Brandts Anstrengungen um Europa von der Opposition entgegengesetzt werde, sei leider „kein gutes Spiel“, sagte Käber.

*

Ein Höhepunkt der zielstrebigsten Arbeit um Verständigung war die Kieler Erklärung vom 26. September 1949, sagte Diekmann. Dem Grenzfriedensbund sei es gelungen, im Sinne dieser Erklärung, die durch die Bonn-Kopenhagen-Erklärung von 1955 sinnvoll ergänzt worden sei, erfolgreich für ein friedliches Nebeneinander der Menschen im Grenzland zu wirken.

*

Innenminister Schlegelberger sagte in seinem Grußwort, es wäre unfair, wollte man die Verdienste der damaligen Landesregierung um die deutsch-dänische

Verständigung schmälern. Die CDU-Regierungen hätten diese Kontakte fortgesetzt und sie zu einer umfassenden Partnerschaft ausgebaut.

Als Aufgabe für die Zukunft nannte Dr. Schlegelberger: Das Bekenntnis zu Europa, gute Nachbarschaft zu Dänemark „mit der gebührenden notwendigen Distanz“ und das Selbstverständnis, Angehöriger der deutschen Nation zu sein. Es müßte eines Tages selbstverständlich sein zu sagen: Ich bin ein Deutscher in Dänemark oder: Ich bin ein Däne in Deutschland.

Ministerialdirektor Kreuzer vom Ministerium für innerdeutsche Beziehungen ging auf die Deutschland- und Ostpolitik der jetzigen Bundesregierung ein. Das Beharren auf Rechtsstandpunkten habe zu einer Erstarrung geführt und die Bundesregierung nicht weitergebracht. Jetzt versuche die Regierung zu einem geregelten Nebeneinander der beiden deutschen Staaten zu kommen, das sich später vielleicht zu einem Miteinander entwickeln könnte. In der Ostpolitik bemühe sich die Bundesregierung, das Zerrbild von Deutschland zu beseitigen, zu dem die Deutschen in der NS-Zeit wesentlich beigetragen hätten.

*

Falls die Anzahl von Grußworten und Reden bei Veranstaltungen ein Maßstab für die Beliebtheit des Veranstalters ist, so darf man dem Grenzfriedensbund fraglos große Beliebtheit bescheinigen. Mancher Teilnehmer der sehr gut besuchten Festversammlung wird in diesem Sinne dem Grenzfriedensbund, mit Verlaub gesagt, etwas weniger Beliebtheit gewünscht haben — nur nicht wegen des knurrenden Magens, sondern auch, weil Wiederholungen, selbst als Glückwunsch serviert, nicht gerade aufmunternd wirken.

FLENSBORG AVIS

Es war unbehaglich, zeitweise peinlich, an dem Stiftungsfest des Grenzfriedensbundes am 25. April in der Bürgerhalle in Flensburg mit den Gemälden der dänischen Könige aus früheren Zeiten teilzunehmen. Der jetzigen Leitung des Grenzfriedensbundes muß nicht behaglich zumute gewesen sein, nicht wegen der malerischen Gegenwart der Landesherrn, sondern wegen des Auftretens von Gästen aus der Vergangenheit. Am schlimmsten war es doch wohl für dänische Gäste hier aus dem Landesteil und vom Norden.

Was mußte man da nicht mit anhören? Zwei unserer Flensburger Mitbürger erhoben sich doch auch und verließen den Saal in demonstrativem Unbehagen, aber viele haben sich sicherlich ihre Gedanken über das, was sie zu hören bekamen, gemacht und wären gern den beiden gefolgt. Die früheren Kieler Politiker Diekmann und Käber nahmen — zudem mißverständenerweise auch zu lange — das Rednerpult in Anspruch und gaben ihre Auffassung über die Geschichtsschreibung über Südschleswig 1945-50 zum besten. Sie waren aktiv damals, — besonders aktiv. Daraus machten sie auch kein Hehl. Auch nicht daraus, daß sie SPD-Politiker waren — man saß beinahe und wartete auf eine Aufforderung, sozialdemokratisch zu stimmen am 26. April. Abgesehen von diesem Mißbrauch der Rednerzeit und des Rednerpultes, handelte es sich um das, was sie sagten. Man erhielt einen lebendigen Eindruck von dem Kampf der Kieler Politiker damals, um Grenzänderungen zu verhindern. Man kann ihnen nicht dieses Ziel übelnehmen. Aber die Darstellung, die sie von dem Spiel um die Grenze dieser Jahre gaben, muß jeden Historiker oder nur historisch Orientierten veranlaßt haben, sich die Augen zu reiben

und sich zu grämen. Sie verbargen wahrlich nicht ihre — so gesehen verständliche — Freude darüber, daß die Grenze von 1920 bestehen blieb. Dagegen kann man sich ein wenig über den Mangel an Rücksichtnahme auf das Selbstbestimmungsrecht wundern, der diese Politiker damals beherrschte; — aber später haben wahrscheinlich auch sie ihre Ansicht über das Selbstbestimmungsrecht im Zuge seiner Bedeutung für die gesamtdeutsche Politik geändert.

Die Erinnerung aus den bewegten Jahren, die die beiden zum besten gaben (jedenfalls für sich selber), enthielten auch — andeutungsweise — Neuigkeiten über Kontakte zwischen der dänischen und der deutschen Sozialdemokratie bezüglich der Grenzpolitik und die vielfachen Probleme, die sie damals umfaßte, und es wäre vielleicht von Interesse, diese aus der Sicht der beiden Parteien erläutert zu sehen. Diese parteipolitische Außenpolitik ist nicht ohne Bedeutung gewesen und mußte nun, ehe es zu spät ist, als Bearbeitung der Geschichte der Neuzeit behandelt werden. Das Unbehagliche und mehr oder weniger Peinliche in den Reden sowohl des ehemaligen Ministerpräsidenten Diekmann als auch des Innenministers a. D. Käber war das unvermeidliche Gefühl des Triumphes darüber, daß es geglückt war, die dänische Grenzgefahr zu bannen.

Und als dies dann aus verschiedenen Gründen, die die beiden Herren nicht alle erwähnten, geglückt war, konnte man mit einer Verständigungs-Politik anfangen, die also damals anscheinend in der Gründung des Grenzfriedensbundes ihren Ausdruck gefunden hat.

Wir können nicht umhin zu sagen, daß diese beiden Reden, die zusammen mit einer langen Reihe von neuzeitlich geprägten kurzen Grüßen eingerahmt wurden, von Emil Noldes und Willy-August

Linnemanns Grenzlandvisionen in Zitatform, einen Bruch bedeuteten in dem Gründungsfest des Grenzfriedensbundes. Es waren Stimmen aus der Vergangenheit,

die erklangen. Gewiß, aber unbehaglich war es. Und es kann aktuelle Grenzlandgedanken auf ärgerliche Abwege führen.

Aage Friis und das dänisch-deutsche Verhältnis

Zum 100. Geburtstag des dänischen Historikers und Politikers am 16. August 1970

Es ist nicht die Absicht dieser Ausführungen, das umfassende wissenschaftliche Werk von Aage Friis eingehend zu würdigen. Ebenso ist es nicht möglich, seinen Einfluß auf die dänische Innenpolitik sowie seine Bedeutung für die dänische Geschichtsforschung und die Kopenhagener Universität zu schildern. Es soll vielmehr der Versuch gemacht werden, Friis' aktive Anteilnahme an der politischen Gestaltung des dänisch-deutschen Verhältnisses und sein Eintreten für eine gegenseitige Verständigung skizzenartig zu umreißen.

„Hinter all seinem Streben als Historiker, als politischer Schriftsteller und in seiner praktischen Wirksamkeit lag die Überzeugung von der Schicksalsgemeinschaft des dänischen Volkes in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft mit dem deutschen Volk und seiner Kultur.“ So hat der dänische Reichsarchivar Axel Linvald treffend Persönlichkeit und Wirken von Aage Friis charakterisiert.

Die Überzeugung von der „Schicksalsgemeinschaft“ der beiden Nachbarländer wuchs in Friis während seiner „vieljährigen Studien über die kulturelle und politische Wechselwirkung zwischen Dänemark und Deutschland in den Jahren von etwa 1750 bis 1835, d. h. von einer Zeit an, in welcher die beiden Nationalitäten in so mancher Beziehung verständnisvoll zusammenwirkten bis dahin, wo der neuauflodernde Streit um Schleswig die durch so viele Bande verknüpften Bevölkerungen wieder auseinanderriß und für so lange einander entfremdete.“ Die Frucht dieser Arbeiten war Friis' zweibändiges Werk „Bernstorfferne og Danmark“, das leider nur bis zum Jahre 1766 reicht. Dennoch ist es für die Geschichte des dänischen Gesamtstaates von klassischem, bleibendem Wert.

Wenn Aage Friis sein Bernstorff-Werk nicht vollendete, so hat das letztlich politische Gründe: Seine starke Anteilnahme an dem Schicksal Nordschleswigs führte dazu, daß er sich in steigendem Maße — seit 1919 ausschließlich — der Erforschung der dänischen Politik in der nordschleswigschen Frage widmete. Das eindrucksvollste Zeugnis dieser Studien bietet sein Werk über die Geschichte des Artikels V des Prager Friedens „Den danske Regering og Nordslesvigs Genforening med Danmark“, dessen abschließender vierter Band nach seinem Tode von seinem Schüler Pavl Bagge ergänzt und herausgegeben wurde. Es ist — wie auch sein Bernstorff-Werk — von umfangreichen Quelleneditionen begleitet und von zahlreichen kleineren Arbeiten umkränzt.

Friis' historische Beurteilung der Nordschleswig-Frage war mit seiner politischen Auffassung von der Gestaltung des deutsch-dänischen Verhältnisses auf das engste verknüpft. Schon in den achtziger Jahren, als er mit seinem Freund P. Munch, dem späteren Außen- und Verteidigungsminister, die Kathedralschule in Viborg besuchte, wurde sein Interesse an der nordschleswigschen Frage geweckt. „Damals“, so hat Aage Friis selbst erzählt, „haben wir Interesse an dem Nationalitätenkampf gewonnen und es als eine direkte Aufgabe für uns angesehen, wenn wir erwachsen waren, dafür zu wirken, daß unsere Volksgrenze nicht ausgelöscht oder weiter zurückgedrängt würde als 1864, als die, wie wir frühzeitig erkannten, überspannte und kurzsichtige Politik des Nationalliberalismus Schiffbruch erlitten hatte.“

Die in der Schulzeit gewonnenen Erkenntnisse erfuhren während seiner Studienjahre eine nachhaltige Vertiefung. Friis trat damals in Kontakt zu Männern wie Johan Ottosen, H. V. Clausen, Niels Hjort und M. Mackeprang, vor allem aber zu H. P. Hanssen, der, wie Friis berichtete, „während der neunziger Jahre unser unermüdlicher Informator über alles wurde, was auf dänischer oder deutscher Seite in Nordschleswig und in der deutschen Politik geschah.“ Die damals hergestellte Verbindung zwischen H. P. Hanssen und Aage Friis führte zu einer fünfunddreißig-jährigen freundschaftlichen Zusammenarbeit, welche für Nordschleswig größte Bedeutung gewinnen sollte.

Friis gehörte als Student zu den eifrigsten Mitarbeitern des Vereins „4 S“ (Studentersamfundets sønderjyske Samfund), der sich die Unterstützung der dänischen Nordschleswiger zur Aufgabe gemacht hatte. 1893 schloß sich Friis mit P. Munch und anderen zusammen, um für dänische Blätter der verschiedensten Richtungen Artikel über die nordschleswigschen Verhältnisse zu schreiben. „Friis war dabei die treibende Kraft“, schrieb P. Munch in seinen Erinnerungen. Niemals, so meinte er, sei in der dänischen Presse so viel über „Südjütland“ veröffentlicht worden. Seit 1897 nahm Friis tätigen Anteil an der Redaktion der „Sønderjyske Aarbøger“.

*

Als „gerechteste und billigste Lösung“ der nordschleswigschen Frage betrachtete Aage Friis eine „Grenzregulierung im Anschluß an eine Volksabstimmung“. Mittelschleswig allerdings und auch Flensburg, das erkannte er schon während seiner Studentenjahre, war für Dänemark verloren. Friis vertrat die Auffassung, daß eine Lösung des Nordschleswig-Problems nur in Freundschaft mit Deutschland, in so naher Verständigung wie möglich, gesucht werden sollte. So schrieb er 1902 im Vorwort der von ihm in dänischer Sprache herausgegebenen Schrift „Nordslesvig, og Tysklands Selvfornedrelse“ von Theodor Brix: „Wir glauben nicht an eine Lösung auf irgend einem anderen Wege. Wir wünschen diese nicht, ja, wir scheuen uns nicht zu sagen, daß wir eine Lösung, die z. B. das

dänische Nordschleswig mit Dänemark vereinigte durch einen großen europäischen Krieg, in dem Deutschland unterliegt, für ein Unglück halten würden, allein aus dem Grunde, weil dadurch die Zukunft noch unsicherer als die Vergangenheit würde.“

Aage Friis wußte sehr wohl, daß eine freiwillige Abtretung Nordschleswigs für das „wilhelminische“ Deutschland kein Verhandlungsgegenstand sein konnte und somit ein Fernziel der dänischen Politik bleiben mußte. Das Nahziel aber, Erleichterungen für die vom preußischen Germanisierungseifer bedrängten dänischen Nordschleswiger, schien ihm durch eine versöhnlichere dänische Außenpolitik und einen Appell an das „Gerechtigkeitsgefühl des deutschen Volkes“ erreichbar zu sein.

Durch den dänischen Regierungswechsel von 1901, der die Venstre an die Macht brachte, wurden die Voraussetzungen für eine Änderung der dänischen Außenpolitik geschaffen. Aage Friis hat als führendes Mitglied der Venstre entscheidend dazu beigetragen, daß die Partei eine aktivere Nordschleswig-Politik in Verständigung mit Deutschland aufnahm. 1902 stellte er den Kontakt zwischen H. P. Hanssen und dem dänischen Außenministerium her, das in den folgenden Jahren, was Nordschleswig anbelangt, wohl kaum einen Schritt tat, ohne über Friis den Rat Hanssens eingeholt zu haben. Das Hauptresultat dieser Zusammenarbeit war die Optantenkonvention vom 11. Januar 1907. — Über die parallel verlaufenen Geheimerhandlungen zwischen dem damaligen dänischen Kapitän L. C. F. Lütken und dem deutschen Generalstabschef H. v. Moltke, die in engstem Zusammenhang mit dem Abschluß der Optantenkonvention standen, waren freilich weder Friis noch Hanssen unterrichtet. „Gefährlich war's, doch ist es gutgegangen“, meinte Friis später, nachdem er davon erfahren hatte.

Natürlich waren die Regierung auf der einen und H. P. Hanssen auf der anderen Seite bestimmend für die dänische Nordschleswig-Politik jener Jahre. Dennoch war Aage Friis weit mehr als der „Mittelsmann“. Er hat zweifellos als aktiver Ratgeber bedeutenden Einfluß gehabt sowohl auf die Marschroute Hanssens als auch auf die Maßnahmen der Regierung. Auch nachdem Friis 1905 der von ihm mitbegründeten Radikalen Venstre beigetreten war, unterstützte er die Nordschleswig- und Deutschland-Politik der wechselnden Venstreregierungen vor dem ersten Weltkrieg. Durch seine zahlreichen Artikel im führenden Oppositionsblatt „Politiken“ wurde der Venstre die Durchführung ihres deutschfreundlichen Kurses wesentlich erleichtert. Seit 1907 war Aage Friis Sachverständiger für nordschles-wigsche Angelegenheiten im dänischen Außenministerium; 1910 übernahm er dort die Funktion eines Pressereferenten, die er innehatte, bis er 1913 Professor für Geschichte an der Kopenhagener Universität wurde.

Nicht nur als politischer Publizist und in seiner Tätigkeit im Außenministerium, sondern auch durch sein historisches Werk suchte Friis einer dänisch-deutschen Annäherung den Weg zu ebnen. Dies gilt nicht zuletzt für seine Bismarckbiographie, deren erster — und einziger — Band 1909 erschien. Gegenüber den scharfen Antipathien auf Grund der Vorgänge von 1864 wollte ihr Verfasser dem dänischen Volk ein gerechteres Urteil über Bismarck und sein Werk vermitteln, „unsere Gefühle zurückzudrängen, scharf zu sehen und sicher zu urteilen.“

In Deutschland bemühte sich Friis, seiner Ansicht Gehör zu verschaffen, daß „allein das Zwangsregiment in Nordschleswig zwischen Deutschland und Dänemark“ stehe. Christian Jürgensen, dem aus Nordschleswig stammenden Husumer Amtsrichter und nationalliberalen Landtagsabgeordneten, fühlte er sich freundschaftlich verbunden. Der ausführliche Nachruf, den Aage Friis dem 1909 verstorbenen „Alten Rat“ in „Politiken“ widmete, zeugt von dem Verständnis, das er, bei allem Gegensatz in den politischen Auffassungen, für die Gefühle der deutschen Schleswig-Holsteiner hatte.

*

Aage Friis führte in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg zahlreiche „inoffizielle Gespräche“ mit Regierungsstellen in Berlin und Schleswig. Er traf dabei u. a. mit Bethmann-Hollweg und dem Oberpräsidenten v. Bülow zusammen. Gute Kontakte unterhielt er zur liberalen und sozialdemokratischen Presse, aber auch zu seinem freikonservativ gesinnten Berliner Kollegen Hans Delbrück. In den von Delbrück herausgegebenen „Preußischen Jahrbüchern“ erschien durch Friis' Vermittlung 1911 der bekannte Aufsatz „Deutschland, Nordschleswig und Dänemark“ von Marcus Rubin. Der Aufsatz wurde damals anonym unter der Verfasserangabe „Von einem Dänen“ veröffentlicht. Sein Inhalt war vom dänischen Außenministerium und H. P. Hanssen gekannt und gebilligt worden. Er gipfelte in den Worten: „Nur Tore und Leute ohne Einfluß denken heute in Dänemark an ein Wiedererwachen des Artikels V oder dergleichen ... In Dänemark hat man jetzt 1864 als eine geschichtliche, definitive Tatsache einregistriert.“ Friis selbst hat diese Formulierung, die in Nordschleswig und Dänemark größte Empörung hervorrief, später als „ungeschickt“ und „mißverständlich“ bezeichnet. Trotzdem lag sie auf der Linie der von ihm propagierten Politik, unter „Anerkennung der Realitäten“ in Verständigung mit Deutschland eine Lösung der nordschleswigschen Frage herbeizuführen. — 1913 suchte Friis Verbindung zu Johannes Schmidt-Wodder, dem er ein Jahr später schrieb: Wenn er es erleben sollte, daß Preußen Nordschleswig frei an Dänemark abtrete oder daß es sich zu einer Verwaltung in Schmidts Geist entschlief, so

würde das der glücklichste Tag seines Lebens sein.

Durch sein Eintreten für einen friedlichen Ausgleich deutscher und dänischer Interessen geriet Friis mehr und mehr in die Schußlinie der dänischen wie auch der deutschen nationalistischen Presse. In Dänemark wurde er als Repräsentant des verhaßten „Tyskerkurs“ und als „Feind Nordschleswigs“ angegriffen. In Deutschland warf man ihm vor, daß er „größten Einfluß auf Irreführung der öffentlichen Meinung Deutschlands über die irredentistische Gefahr [in Nordschleswig] gewann.“ Karl Strackerjan, der ihm diesen Vorwurf machte, hatte in seinem Sinne zweifellos recht: Es ist Friis in der Tat gelungen, in Deutschland Verständnis für die Belange der dänischen Nordschleswiger zu wecken und die Bemühungen derer zu unterstützen, die sich für einen Kurswechsel in der preußischen Nordschleswig-Politik einsetzten. Daß diese Bemühungen bis 1914 ohne Erfolg blieben, kann nicht lebhaft genug bedauert werden.

*

Durch den Ausbruch des ersten Weltkrieges wurde eine völlig neue Situation geschaffen. Das Hauptanliegen der dänischen Politik mußte nun die Wahrung der Neutralität sein; jede Initiative in der Nordschleswigfrage hätte nach Auffassung der dänischen Regierung die neutrale Stellung des Königreichs gefährdet. — Aage Friis unterstützte diese Politik voll und ganz. Im geheimen aber arbeitete er für ein friedliches Übereinkommen zwischen Deutschland und Dänemark nach Beendigung des Krieges. Durch seine enge Verbindung zu dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und späteren Innenminister Rudolf Breitscheid und dem damaligen deutschen Attaché in Kopenhagen, Prof. Hollmann, war er darüber unterrichtet, daß in Berliner Regierungskreisen bereits kurz nach Kriegsausbruch der Gedanke an eine Grenzregulierung in Nordschleswig ernsthaft erwogen wurde. So kann kein Zweifel bestehen, daß Aage Friis der Däne war, von dem Georg Brandes in seinem Offenen Brief an William Archer vom 29. Juni 1916 schrieb, er wisse von ihm, daß er „von der ersten Woche des Krieges an alles die nordschles-wigsche Frage betreffende Material sammelte, um durch friedliche Verhandlungen mit einem fein gebildeten und hochgestellten deutschen Beamten [d. i. Hollmann] den Weg für ein wohlwollendes Entgegenkommen beim Friedensschluß anzubahnen.“ — Wie Friis später gesagt hat, war er schon 1914 überzeugt, daß der Krieg mit einer deutschen Niederlage enden würde. Es klingt fast ein wenig naiv, entspricht aber durchaus seiner Grundauffassung, wenn er 1916 der französischen Journalistin Mme de Quirielle gegenüber bemerkte: „Vor allen Dingen, demütigen Sie Deutschland nicht!“

Am 5. Oktober 1918, als ein Waffenstillstand abzusehen war, stellte H. P. Hanssen

die während des Krieges unterbrochene Verbindung zu Kopenhagen einigermaßen dramatisch durch jene bekannte Briefkarte an Aage Friis wieder her, auf der es hieß: „Das besprochene Werk ist nun zu bekommen, da der Antiquarhändler sein Lager räumt. Aber sagen Sie zur Bibliotheksverwaltung, daß schnell gehandelt werden muß, sonst werden die Chancen verspielt, die nicht wiederkommen.“

Auch Aage Friis sah nun eine Möglichkeit, die „Wiedervereinigung“ Nordschleswigs mit Dänemark zu erreichen. Er wollte aber — wie die dänische Regierung und auch H. P. Hanssen — eine „nationale Lösung“. Er war entscheidend an der Formulierung und Veröffentlichung der „Oktoberadresse“ von 1918 beteiligt, in der 500 Persönlichkeiten des dänischen Geisteslebens und der Politik wünschten, daß „nur die Bevölkerung an Dänemark kommen soll, die dänisch spricht, dänisch fühlt und dänisch sein will, daß das ganze dänische Nordschleswig, aber nur das dänische Nordschleswig, mit Dänemark vereinigt werden möge.“ Für die auf beiden Seiten verbleibenden Minderheiten forderten die Unterzeichner Sicherheit für ihre nationalen Rechte im Geiste einer neuen Zeit. Eine direkte Verständigung mit Deutschland schloß die Adresse keineswegs aus.

Am 11. November 1918, zwei Tage nach der deutschen Revolution, reiste Aage Friis ohne offizielle Vollmachten, aber nach Absprache mit Außenminister Scavenius nach Berlin. Da Friis mit führenden deutschen Sozialdemokraten persönlich bekannt war, hatte ihn H. P. Hanssen gebeten, ihm bei seinen Bemühungen um eine bindende deutsche Zusage für eine Grenzregulierung behilflich zu sein. Unterstützt von Rudolf Breitscheid, gelang es Friis in langwierigen Verhandlungen mit Eduard David, Hugo Haase und dem Staatssekretär des Äußeren, Dr. Solf, zu erreichen, daß die deutsche Reichsregierung am 14. November 1918 in einem von Solf unterzeichneten Brief an H. P. Hanssen die Lösung der nordschleswigschen Frage gemäß dem von Wilson proklamierten Selbstbestimmungsrecht schriftlich zugestand.

Schon während seiner Berliner Verhandlungen hat Friis die Auffassung vertreten, daß es für direkte deutsch-dänische Verhandlungen zu spät sei. Nicht zuletzt die unmittelbar nach Bekanntwerden der „Oktoberadresse“ abgegebene Verbalnote des englischen Gesandten und die scharfen innerdänischen Proteste dürften Friis klargemacht haben, daß für die von ihm selbst so leidenschaftlich vertretene unmittelbare Einigung zwischen Dänemark und Deutschland kein Raum mehr war.

*

Die auf Grund des Versailler Vertrages gezogene neue Grenze empfand Aage Friis nicht als „ideal“, sie bot aber seiner festen Überzeugung nach „die besten Möglichkeiten, den Grenzkampf endlich zu beenden“. Dänischen wie deutschen Revisionsforderungen stellte er sich deshalb mit Nachdruck entgegen.

Von beiden Seiten hat man Friis vorgeworfen, eine inkonsequente, ja scheinheilige Politik betrieben zu haben. Will man aber gerecht sein, so muß man feststellen: Seine Auffassung, daß nur in Verständigung mit Deutschland eine Lösung der nordschleswigschen Frage gesucht werden solle, konnte bis 1918 allein die Grundlage einer praktischen Politik bilden. Friis' Wunsch, das dänische Nordschleswig mit dem Königreich vereinigt zu sehen, ist nur allzu verständlich; er hat ihn auch stets öffentlich geäußert. Mit vollem Recht hielt er Schmidt-Wodder in einem Brief vom 25. November 1918 entgegen, daß eine „kulturelle Lösung“ ohne Grenzverschiebung überholt sei. Und wer wollte es ihm heute verdenken, daß er in einem Moment, da direkte deutsch-dänische Verhandlungen nicht mehr möglich waren, auch ohne sie eine nationale Teilung Schleswigs erstrebte. Es ist vielmehr anzuerkennen, daß er maßlosen dänischen Forderungen entgegentrat und sich für die Clausenlinie als die seiner Auffassung nach gerechteste Grenze einsetzte. Zwischen Aage Friis und Schmidt-Wodder kam es in den folgenden Jahren zu scharfen, bis ins Persönliche gehenden Auseinandersetzungen. Friis betrachtete Schmidt wegen seiner Grenzrevisionsforderungen als hauptverantwortlich dafür, daß nach dem ersten Weltkrieg keine Aussöhnung zwischen Deutschland und Dänemark zustande kam. Er begrüßte und förderte alle Bemühungen um eine kulturelle und politische Annäherung der beiden Nachbarstaaten, hob aber hervor, daß sie nur dann von Wert sein könnten, wenn sie nicht zum Ziele hätten, einer Grenzverschiebung den Boden zu bereiten. Voll Sorge sah Aage Friis, wie sich nach 1933 schleswig-holsteinische und nordschleswigsche Grenzrevisionsforderungen mit nationalsozialistischem Gedankengut verbanden. Er erkannte mit Schmerz, wie sich zwischen Deutschland und Dänemark eine neue, breitere Kluft auftat als je zuvor. „Sie wissen, daß ich Bismarck nicht liebe“, bemerkte er in diesen Jahren einmal gegenüber Friedrich Meinecke, „aber jetzt muß ich sagen, Bismarck gehört zu uns.“ — Unter heftigen Angriffen aus Deutschland, aber auch gegen Widerstände im eigenen Lande setzte sich Friis während der Zeit von 1933 bis 1946 in führender Position unermüdlich dafür ein, daß Tausenden von deutschen Emigranten dänische Hilfe zuteil wurde.

Obwohl er sich abgestoßen fühlte durch „die Schandtaten des nationalsozialistischen Deutschland, seiner Führer und ihrer Diener und Mithelfer“, suchte Friis nach 1945 wieder den Kontakt zur deutschen Geschichtsforschung. Bereits nach dem ersten Weltkrieg war er mit allem Nachdruck für die Aufnahme der deutschen Historiker in die internationale Organisation der Geschichtswissenschaft eingetreten. — Eine enge Freundschaft verband ihn mit Friedrich Meinecke. Die beiden sich geistig so eng verwandten „historischen Greise“ (Meinecke) waren sich vor allem darin einig, daß der Nationalismus in

alle n Lagern bekämpft werden müsse. Seine ganze ihm noch verbleibende Kraft setzte Aage Friis nach dem Zusammenbruch Deutschlands ein im Kampf gegen die wiedererwachte dänische „Eiderpolitik“. Im September 1946 schrieb er in „Politiken“: „Wenn die dänische Außenpolitik... jetzt darauf gerichtet sein soll, Südschleswig wiederzugewinnen mit seinen Hunderttausenden deutscher Bevölkerung ..., dann mischt sich Dänemark in die Verhältnisse dieses deutschen Landes. Es wird dann eine Politik zurechtgelegt, die der entspricht, die in A. F. Kriegers Wort vom 13. November 1863 Ausdruck fand: ‚Frisch gewagt, ist halb gewonnen‘. Diese Politik der Nationalliberalen führte zur Niederlage, zum Verlust der Herzogtümer, zur Trennung des dänischen Nordschleswig von Dänemark. Wird in diesem Augenblick eine neue Eiderpolitik begonnen unter großpolitischen Voraussetzungen, die, wenn möglich, noch unberechenbarer und gefährvoller ist als damals, als Bismarcks Politik im Werden war, und nachdem wir erst kürzlich eine ernstere Krise durchlebt haben als jemals in der Geschichte unseres Volkes, dann wird wieder mit Dänemarks Zukunft *va banque* gespielt.“

*

Aage Friis starb am 6. Oktober 1949 im Alter von 79 Jahren. — Er vertrat in der nordschleswigschen Frage die Interessen seines Landes. Bei allem Verständnis für die nationalen Leidenschaften vergangener Tage darf man aber heute feststellen, daß seine Auffassungen von der Gestaltung des dänisch-deutschen Verhältnisses auch im Interesse Deutschlands lagen. — Friis' Eintreten für eine dauerhafte Verständigung zwischen Deutschland und Dänemark läßt sich nicht allein auf die nüchterne Erkenntnis des Historikers und Politikers von der „Schicksalsgemeinschaft“ der beiden Nachbarländer zurückführen. Es lag wesentlich in der inneren Verbundenheit begründet, die Aage Friis als nationaler Däne mit dem deutschen Volk und seiner Kultur empfand.

Friis hat so gut wie immer die politische Linie seiner Partei, der Radikalen Venstre, vertreten. Er hat aber gerade die Nordschleswig- und Deutschlandpolitik der Partei stark beeinflußt und entscheidend dazu beigetragen, daß sie während der Krisenjahre 1918-20 in der Regierungsverantwortung eine „nationale Lösung“ erstrebte. Aage Friis fehlte der Sinn für die „Zwischentöne“ in der Politik; er war ein Idealist, der seine Ziele mit der ganzen Kraft seiner ausgeprägten Persönlichkeit meist kompromißlos verfolgte. Er verstand es wie kaum ein anderer, sich in allen Lagern Freunde zu erwerben, und half überall dort, wo er Not erblickte; seinen Gegnern trat er nicht selten unversöhnlich gegenüber; in seinen letzten Jahren war er oft von Zweifeln erfüllt, hat aber seinen starken Optimismus nie ganz verloren.

In der politischen wie in der wissenschaftlichen Arbeit von Aage Friis ist manches unvollendet geblieben. Er erlebte es nicht, daß sein Ziel, eine dauerhafte deutsch-dänische Verständigung, erreicht wurde. Er hat sich aber mehr als ein

Menschenalter lang als Historiker und Politiker mit ganzer Kraft erfolgreich bemüht, den nun beschrittenen Weg mit zu ebnen.

An der Schwelle einer neuen Zeit

Die Gedenkrede, die Professor Dr. Troels Fink, der dänische Generalkonsul in Flensburg, aus Anlaß der jetzt fünfzig Jahre zurückliegenden Wiedervereinigung Nordschleswigs mit Dänemark bei der Feier in den Düppeler Schanzen, der nationalen Gedenkstätte des dänischen Volkes, gehalten hat, bringen wir ihres auch für uns Deutsche bedenkenswerten Inhalts wegen nachstehend ins Deutsche übertragen.

Die Red.

Die Geschichte eines jeden Volkes zeigt Höhepunkte und Katastrophen. Im Jahre 1920 erlebte das dänische Volk einen Höhepunkt, einen unvergleichlichen Freudentag auf dem Hintergrund von 1864. Mit der Wiedervereinigung 1920 wurde eine neue tragfähige Grundlage für das Reich Dänemark geschaffen.

Für diejenigen, die die Wiedervereinigung miterlebten, war es wie ein Märchen, eine Sage aus alten Zeiten: eine vielbeweinte Tochter kehrte befreit zurück; und wenn wir des Jahres 1920 gedenken, verwendet man gern dies Symbol; man sieht es auf mehreren Denkmälern der Wiedervereinigung und vor kurzem nun auch auf den Briefmarken, die anlässlich dieses Tages herausgebracht wurden.

Das Bild ist zwiefach zu verstehen und entspricht gut den Gefühlen der damaligen Zeit. Die Südjüten, die unter Verbannung und Krieg gelitten hatten, empfanden die Wiedervereinigung als eine Befreiung, als eine Heimkehr in das Heim, in das sie gehörten. Aber stellen wir die Frage: „Was geschah denn eigentlich 1920?“ im Zusammenhang mit den Erfahrungen der verlaufenen fünfzig Jahre und der tausend Jahre, die vorausgegangen waren, dann muß die Antwort lauten, daß eine bisher nur selten gekannte Einheit zwischen dem dänischen Staat und dem dänischen Volk geschaffen wurde. So gut wie alle Dänen wurden innerhalb des dänischen Königreiches versammelt, und in diesem Reich wohnten sozusagen nur Dänen. Dänemark war ein sogenannter Nationalstaat geworden. Das geschah gewissermaßen schon 1864, als der alte Gesamtstaat zusammenbrach, aber da hatte man die Südjüten ausgeschlossen; die Trennung der Dänen beiderseits der Königsau bedeutete einen ständigen Schmerz und eine fortdauernde Belastung des Verhältnisses Dänemarks zur Umwelt.

Vielleicht kann man die Wiedervereinigung mit einem Bild illustrieren. Stellen Sie sich einen Mann vor, der von einer ernsten Erkrankung des Fußes heimgesucht wurde. Lange schien eine Amputation der einzige Ausweg zu sein. Aber schließlich wurde doch beschlossen, eine gefährliche und schmerzhaft Operation durchzuführen, und mit Erfolg. Er erhielt seine Gehfähigkeit wieder. Es werden immer Narben nachbleiben, und auch eine etwas schiefe Haltung; aber jeder kann

sich die Freude vorstellen, die völlige Gehfähigkeit nach vielen Jahren wiedererlangt zu haben, und das Glück, mit anderen wieder zusammen arbeiten zu können. Dänemark, wie wir es heute kennen und lieben, erhielt 1920 seine neue Abgrenzung. Dies Dänemark der Neuzeit ist allen gemeinsam, sowohl denjenigen, die wiedervereint wurden, als auch denjenigen, mit denen sie wiedervereint wurden. Es gibt in der Welt noch viele Nationen, die sich eine entsprechende Einheit wünschen könnten.

Man war sich 1920 sowohl nördlich als auch südlich der Königsau darüber einig, daß die Wiedervereinigung die völlige Einverleibung Nordschleswigs in das Königreich Dänemark bedeuten sollte. Das wiedergewonnene Land sollte keinesfalls eine Sonderstellung einnehmen. Ja, was denn sonst?, würde man vielleicht heute sagen. Aber das war nicht ohne weiteres selbstverständlich, denn vor 1864 hatte das Herzogtum Schleswig seine Sonderstellung eingenommen, und unter den dänischen Schleswigern hatte ein besonderes schleswigsches Bewußtsein geherrscht. Das war nun vorbei: Die Preußen hatten aus den dänischen Schleswigern Südjüten gemacht, die nun mit dem übrigen dänischen Volk ohne Vorbehalte vereint werden sollten. Deshalb konnte Staatsminister Niels Neergaard in seiner Rede vor fünfzig Jahren seine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß die Einverleibung Nordschleswigs in das Königreich Dänemark nun „nach dem glücklichen Willen der Südjüten“ geschehe.

Wenn wir heute feiern, gedenken wir daher zum einen des Märchens der Wiedervereinigung, der Befreiung von Unterdrückung und Not, und zum andern freuen wir uns über das geheilte Dänemark, das vor fünfzig Jahren in seiner jetzigen Gestalt in den Reihen der Nationen erschien.

Aber in unserer Freude hierüber dürfen wir nicht vergessen, wie scharf der Schnitt war. Eine alte Kampfgemeinschaft zwischen Dänen nördlich und südlich der neuen Grenze zerbrach, und eine deutsche Minderheit kam zu Dänemark gegen ihren Willen. Viele erwarteten wohl 1920, daß die neue Staatsgrenze im Laufe einiger Zeit eine klare Volksgrenze werden würde. Aber die Minderheiten sind feste Bestandteile geworden und haben dem Leben an der Grenze Spannung verliehen. Wir haben gelernt, daß die Volksgrenze nicht so scharf wie die Staatsgrenze sein kann. Von der Volksgrenze gilt, was im „Jyske Lov“ vom Wald gesagt wird: Er streckt sich so weit, wie „Zweige reichen und Wurzeln verlaufen“. Ein Waldessaum befindet sich in ständiger Verwandlung; die Zweige können sich bald weit vorstrecken und das Laub kann in vollem Grün stehen, aber er kann auch von Sturm und Unwetter heimgesucht werden und sich dann wieder entfalten. Der dänische Volksstamm streckt seine Zweige und Wurzeln weiter, als wir es seit langem gekannt haben. Wir haben auch gesehen, wie junge Wurzelsprosse hervorgesprossen sind, aber von den Wurzeln selbst wissen wir nur wenig; sie verlaufen in unbekanntem Bahnen bis in die feinsten Verzweigungen. Wir können

ahnen, daß sie in tiefere Erdschichten reichen, aber wie, das wissen wir nicht. Schwere Leiden mußten die dänischen Südschleswiger durchmachen, getrennt von dem übrigen Teil des dänischen Volkes, und gewaltige Verschiebungen haben sie erlebt. Nur wo die Klärung erreicht ist, kann man erkennen, daß der dänische Volksteil in Südschleswig einen Umfang erreicht hat, den man 1920 kaum für möglich gehalten hätte, und die volkliche Verbindung über die Grenze birgt große menschliche Werte.

*

Grenzland: das sind zwei Partner. Sie können einander gegenüberstehen als Feinde oder als Nachbarn. Wenn nun über den deutschen Teil etwas gesagt werden soll, geschieht es nicht, um alte Gegensätze aufzuwühlen. Heute gilt das Fazit. Aber die Harmonie, deren wir uns erfreuen können, muß im Gegensatz zu dem zum Bersten gespannten Verhältnis gesehen werden. Das dänische und das deutsche Volk haben ein verschiedenes Schicksal gehabt. Die deutsche Entwicklung zeigte im Gegensatz zur dänischen oft scharfe Brüche. Die Weimarer Republik folgte auf das Reich Kaiser Wilhelms, dann kam das Hitlerregime, und dann wieder, und nun auf festerem Fundament, eine demokratische Republik. Ein tiefer Unwille gegen Dänemark breitete sich nach 1920 bei den Deutschgesinnten nördlich und südlich der Grenze aus, und über die Grenze selbst herrschte lange Unruhe. Mit Unterstützung einer weitverbreiteten Volksstimmung im Lande Schleswig-Holstein erhob der deutsche Volksteil in Nordschleswig die Forderung nach einer neuen Entscheidung, und diese Forderung verschärfte sich und erreichte ihren Höhepunkt kurz vor dem zweiten Weltkrieg. Man hatte 1920 den Heimdeutschen eine liberale Ordnung des Kulturlebens zugesichert. „Wir forderten das Recht in den Tagen der Bedrängnis“, sagte Niels Neergaard auf Düppel, „das gleiche Recht wollen wir denjenigen geben, die gegen ihren Willen zu Dänemark gekommen sind“. Aber eine liberale Kulturpolitik genügte nicht, um die Probleme zu lösen. Die ersten fünfunddreißig Jahre nach der Wiedervereinigung waren politische Krisenzeit.

Lassen Sie uns behutsame Worte gebrauchen. Wir wurden von der Haltung der Heimdeutschen in den Nazijahren tief enttäuscht, und sie wurden später von uns enttäuscht. Heute können wir uns darüber freuen, daß der heimdeutsche Volksteil den Abstimmungstag am 10. Februar in diesem Jahr als Geburtstag des Volksteiles feiern konnte. Es wurde am Geburtstagsfest betont, daß die Heimdeutschen sich selbständig und frei gegen Norden und gegen Süden fühlen. Es wurde erkannt, daß die Gleichschaltung des Volksteiles nach nazistischem Muster zum Konflikt mit den staatsbürgerlichen Pflichten gegenüber Dänemark führen mußte. Auf großen Umwegen hat der heimdeutsche Volksteil eine positive Haltung zum dänischen Staat und der dänischen Gesellschaft gefunden. Auch

dieses muß heute mit Freude festgehalten werden.

So wie das Verhältnis zum heimdeutschen Nachbarn belastet wurde, entstanden auch durch den deutschen Nazismus neue scharfe Klüfte zwischen Dänemark und Deutschland. Der alte nationale Gegensatz verschärfte sich zu einem die ganze Lebensschau umfassenden Gegensatz.

Es ist daher ein entscheidender neuer Zug im Bild der Nachkriegszeit, daß man nun auf beiden Seiten der Grenze denselben Gesellschaftsidealen huldigt. Wenn die Kleinigkeiten beiseitegeschoben werden, ist dies die grundlegende Voraussetzung für jene harmonische Entwicklung, die ihren Anfang nahm, als das Chaos der Weltkriege sich entwirrte. Vorausschauende Politiker waren bereit, die Ideale in klaren Formulierungen der Minderheitenrechte zu konkretisieren.

Man hat oft betont, daß die Wende eintrat, als Bundeskanzler Adenauer und Staatsminister H. C. Hansen 1955 sich in Bonn trafen und sich auf die Bonn-Kopenhagener Erklärungen einigten. Es hätten leicht leere Worte bleiben können, wenn nicht die Politiker, die sich mit den täglichen Problemen aus nächster Nähe befaßten, den guten Willen zur Schaffung einer neuen Praxis gezeigt hätten. Die Erklärungen wirken nun wie ein Sicherheitsnetz; je weniger man sich auf sie berufen muß, je besser erfüllen sie ihren Zweck. Der Geist der Bonn-Kopenhagener Erklärungen durchdringt immer mehr den Alltag des Grenzlandes, und hier, wo der Gedenktag Veranlassung gibt, Erfolge aufzuzeigen, muß festgestellt werden, daß niemals im Gebiet des alten Herzogtums Schleswig eine solche Freiheit in der Entfaltung volklichen Lebens geherrscht hat, wie wir sie heute erleben. Die schleswig-holsteinische Regierung hat Wert darauf gelegt, diese Freiheit zu entwickeln, und es besteht Grund anzuerkennen, was dies für die gute Nachbarschaft in unserer Zeit bedeutet hat. Wo wir früher auf Widerwillen und Unfreundlichkeit stießen, begegnen wir jetzt Verständnis und Interesse an Zusammenarbeit. Gegensätze werden abgebaut, aber gleichzeitig werden Unterschiede akzeptiert, und dadurch ist es zu einer positiven Grenzlandspannung gekommen.

Wenn wir hier versucht haben, die Stellung jeder der Partner an der Grenze und das Zusammenspiel zwischen ihnen zu beleuchten, erkennt man deutlich, daß wir uns an einer Wende befinden. Eine Epoche, die fünf Generationen in einem Gegensatzverhältnis zu Deutschland zusammengeknüpft hat, ist am Abklingen. Diese Generationen befanden sich alle innerlich in derselben Konfliktsituation. Geschlecht auf Geschlecht mußte für nationale Unabhängigkeit, für die Freiheit des Volkes und das Recht des Volkes, sein selbständiges Leben zu führen, kämpfen. Wir können sie der Reihe nach aufzählen, die tapferen Landsoldaten von 1848 und diejenigen, die in den Schanzen von Düppel 1864 verbluteten, und die Südjüten mit „den merkwürdigen Gewohnheiten“, die den Preußen

standhielten. Für sie alle war der Kampf eigentlich der gleiche. Wir glaubten, es sollte vor fünfzig Jahren zu Ende sein und daß nun Recht und Billigkeit geschehen sei. Aber auch die Wiedervereinigungs-Generation mußte die Herausforderung aufnehmen und für volkliche Freiheit kämpfen. Und es wurde wieder blutiger Ernst, als es während der Besetzung um die Existenz als freies Volk ging. Für alle diese Geschlechter waren die Probleme näher betrachtet die gleichen; sie versuchten alle, den Druck vom Süden aufzuhalten. Wir konnten von Geschlecht zu Geschlecht dieselben Lieder singen. Das können wir nicht mehr. Die Konfliktsituation ist vorbei. Es besteht daher natürlicherweise eine tiefere Kluft zwischen den Generationen als früher. Die Jungen können nicht unmittelbar in die Fußstapfen der Alten treten. Diese Generationskluff ist die größte Herausforderung unserer Zeit, weil die Forderungen, die uns von draußen zur Teilnahme an einer immer mehr verzweigten internationalen Gemeinschaft gestellt werden, an uns alle, ungeachtet Erfahrung oder Alter, gerichtet werden. Die internationale Zusammenarbeit wird zu einer Entschärfung der Staatsgrenze führen, eine Tatsache, die wiederum größere Ansprüche an den größeren inneren volklichen Zusammenhalt stellt, wenn wir unseren Platz in der Gesamtheit behaupten wollen.

Der Gedenktag veranlaßt uns, die Ausgangsposition dieser neuen Epoche zu betrachten. Sie scheint günstig zu sein. Südjütland bedeutet keine Belastung mehr. Im Gegenteil. Das positive Spannungsverhältnis zwischen dänisch und deutsch an der Grenze ist ein Aktivum, weil es zeigt, wie zwei Völker in Eintracht Zusammenleben können. Dänemark in seiner abgerundeten und abgeklärten Gestalt hat alle Voraussetzungen, auf gleichem Fuße mit anderen Nationen zu leben, vorausgesetzt, daß das dänische Volk sein besonderes Gepräge sich erhalten kann und das Bewußtsein seiner selbst. Wenn das nicht glückt, gelten wir nichts in einer Zusammenarbeit, und haben nichts zu bieten und nichts zu bedeuten.

In diesem Zusammenhang betrachtet, weist dies Gedenkfest vorwärts. Wir versammeln uns nicht nur, um der glücklichen Vollendung der Wiedervereinigung nach überstandenen Prüfungen und bitteren Stunden zu gedenken, sondern auch, um an der Schwelle einer neuen Zeit zu bekräftigen, wer wir sind. Die Erinnerung hat ihren großen Wert, aber wir halten nicht an ihr fest um ihrer selbst willen; das hieße die Asche bewahren, während es die Aufgabe ist, das Feuer zu schüren, einer neuen Zeit entgegen, in der Hoffnung, daß wir dereinst uns versammeln können wie heute in Freude an Dänemark, jenem Dänemark, das vor fünfzig Jahren seine Gestalt und vor fünfundzwanzig Jahren seinen Frieden erhielt, und dem wir eine lange, lichte und glückliche Zukunft im Kreise der Nationen wünschen.

EIN HISTORISCHER TAG

„Ein Volk vergißt seine Vergangenheit nicht, aber die Vergangenheit darf nicht die Möglichkeiten der Zukunft belasten. Es ist daher für mich an diesem, so empfinde ich es, historischen Tag eine ganz besondere Befriedigung, feststellen zu können, daß zwischen Dänemark und Deutschland kein politisches Gegensatzverhältnis mehr besteht.“

König Frederik von Dänemark aus Anlaß des Heinemann-Besuchs am 9. Juni 1970

Das Wir einer Gemeinschaft

Rede, gehalten bei der Entlassung der Abiturienten und der Realschüler des Deutschen Gymnasiums für Nordschleswig in Apenrade am 20. Juni 1970.

Von einem deutschen Politiker erzählte man sich vor etwa einem Jahrzehnt folgende Geschichte: Er habe, so hielt man ihm vor, über ein ganz bestimmtes Geschehen vor einem Jahr etwas ganz anderes gesagt, als man es nun aus seinem Munde vernommen habe. „Dat mach woll sinn“, so soll er in seiner Unerschütterlichkeit geantwortet haben, „aber wer will mich hindern, in dem einen Jahre wat klüjer jeworden ze sinn.“

Nun, mir fehlt noch vieles zur Weisheit jenes Alters und jenes Alten, auch sind die Menschen meiner Generation vorsichtiger geworden in derart markanten Äußerungen, aber dennoch kam mir diese Geschichte in den Sinn, als ich vor einigen Tagen in alten Aufzeichnungen kramte. Da fiel mir ein Konzept in die Hand, das ich für die Abiturrede 1969 begonnen hatte, das also auch ziemlich genau ein Jahr alt ist.

„Wir leben in einer erschütternden Welt“, so hatte ich im vorigen Jahr beginnen wollen, „in einer Welt, die schon eine erschütterte Welt ist!“ Auch ich hatte Stellung nehmen wollen zu jener vielzitierten Unruhe in der Jugend, die das tägliche Geschehen zu bestimmen schien — und ich hatte dann doch ein anderes Thema für die Abschiedsrede gewählt (jenes vom Verhältnis der Geistes- und der Naturwissenschaften zueinander in einer modernen Schule). Der Grund für diesen Wechsel war nicht etwa darin zu sehen, daß ich zum ersten Thema nichts hätte aussagen können — flüchtig hingeworfene erste Notizen bedeckten schon mehrere Bogen Konzeptpapier, und das alles sollte natürlich noch Hand und Fuß bekommen —, nein, es war vielmehr ein plötzlich auftretendes Gefühl flauen Unbehagens, nun selbst einer Art Modetrend zu verfallen, das mich die Aufzeichnungen beiseitelegen ließ. Gehörte es doch schon sozusagen zum guten Ton, daß „man“ dieses und kein anderes Thema bei einer solchen Gelegenheit zu behandeln hatte.

Welch guter Geist hat mich damals beraten! Gewiß, in ehrlichem Bemühen um eine Klärung jener Vorgänge, die zur modernen „Frontbildung“ zwischen jung und alt geführt hatten, hatte ich meine Gedanken zu Papier gebracht, und dennoch wäre auch ich bei aller umsichtigen Formulierung nicht um eine Art Schwarz-Weiß-Malerei herumgekommen etwa unter dem Tenor: Ja früher, als wir noch in eurem Alter waren...; heute dagegen — o weh! Manches klingt schon nach diesem

einen Jahr fast theatralisch, wie etwa dieser Satz: „Der Fortschritt moderner Art besteht vielfach lediglich darin, die Tradition über Bord zu werfen. Was aber bleibt dann?“ Solche Sätze, aus ihrem Zusammenhang gerissen und einmal isoliert betrachtet, können uns (fast möchte ich sagen: natürlich) in den Augen einer skeptisch und weithin nüchtern denkenden Jugend an die Grenze dessen führen, was jene belächelt.

Weg also mit den alten Notizen! Fragen wir uns, ob wir nun in diesem einen Jahr „wat klijer jeworden“ sind! Versuchen wir uns heute wieder einmal an jenem Thema, das uns — gründlich durchdacht — immer zu einer Analyse der Gesellschaft bringen wird. Der Abstand zum aktuellen Tagesgeschehen ist inzwischen etwas größer geworden, und das wird nur nützlich sein. Denn eine tiefere Besinnung auf all das, was die Ursache sein kann für das oft widersprüchliche Geschehen um uns herum, kann nicht gedeihen unter dem Druck der Hektik eines schnellebigen Alltags, sondern bedarf geradezu einer Abschirmung jenem Drängen des Zeitdrucks gegenüber, das ein Nachdenken oft gar nicht zuläßt und dadurch zu den vorschnellen Urteilen führt, die heute dauernd auf uns einprasseln.

*

Eine wie auch immer geartete soziologische Gliederung ist niemals plötzlich da als etwas völlig Neues, das einzig und allein den schöpferischen Gedanken unmittelbarer Gegenwart entspringt; es hat sich vielmehr in einem komplizierten und meist langwierigen Prozeß entwickelt. Unter der für alle erkennbaren Oberfläche haben sich die Wurzeln längst gebildet; und sie müssen kräftig geworden sein und sich weit verzweigt ausgebreitet haben, wenn sie einmal einen stämmigen Baum bilden wollen, der — kaum ins Licht der Zeit getreten — allen Stürmen trotzen soll, die sofort auf ihn einwirken werden. Und diese Wurzeln reichen in ihrer Verästelung zurück in die Vergangenheit, wenn der Baum mit einer weitausladenden Krone in die Zukunft hinausragen soll. Daran werden wir stets zu denken haben.

Und einen zweiten Gedanken müssen wir vorausschicken: Wir haben zu fragen, welche Formen menschlichen Lebens und Zusammenlebens denkbar sind, wobei wir hier und heute durch die uns zur Verfügung stehende begrenzte Zeit gezwungen sind, uns auf Hauptmöglichkeiten zu beschränken. Überlegen wir ferner, daß ein menschliches Dasein in völliger Einsiedelei heute kaum noch vorstellbar, in jedem Falle aber weder wünschenswert — der Mensch ist eben ein zoon politikon — noch von größerem Nutzen ist, so bleiben uns zunächst zwei Komplexe, die einer Betrachtung wert sind und die sich in ihrer Verbindung miteinander als Grundthema auch eures Unterrichts in vielen Fächern und Zusammenhängen immer wieder gemeldet haben: Ich meine das uralte Wechselspiel zwischen Individuum und Gemeinschaft.

Ihr könnt heute keine letzte Wiederholungsstunde erwarten, aber dennoch sei daran erinnert, daß sich in unserem Unterricht die Entwicklung des Individuums von der Renaissance und dem Humanismus her immer stärker herauskristallisierte. Wir faßten sie konkreter in jenen Aussagen Kants, die uns lange beschäftigt haben. Ich meine hier auch den Kategorischen Imperativ, mehr aber noch jenen Satz aus seiner Abhandlung über den Begriff Aufklärung, in dem es heißt: „Habe Mut, dich deines Verstandes (und auch wir setzten hinzu: ohne Hilfe eines anderen) zu bedienen.“ Kant wendet sich hier nicht so sehr gegen ein Massendenken, sondern viel mehr gegen das gedankenlose Sich-Leiten-Lassen, das bis zum noch gedankenloseren Nachplappern in all seinen negativen Auswirkungen von uns diskutiert worden ist.

Einen Höhepunkt in der geistigen Entwicklung des Individuums erlebten wir dann in der Sturm-und-Drang-Zeit, die im Genie-Begriff wohl die ausgeprägteste Formulierung bot. Aber schon in seiner Rede zum Shakespeare-Tag weist der jugendliche Goethe darauf hin, das sich alle Problematik um „jenen geheimnisvollen Punkt“ bewege, in dem „die prätendierte Freiheit unsres Willens“ zusammenstoße mit „dem notwendigem Gang des Ganzen“, also mit den Forderungen der Allgemeinheit. Von dort aus war es nur ein kleiner Schritt hin zur Klassik, die beide einander zu widersprechen scheinende Komplexe in höchster Harmonie veredelte. Tasso, der gefordert hatte: „Erlaubt ist, was gefällt“, wird hier korrigiert mit dem Satz: „Erlaubt ist, was sich ziemt.“ (Es sind dies Gedanken, die ich in einer früheren Abiturrede einmal näher beleuchtet habe.) — Damit aber war unsere Diskussion um das Thema Individuum und Gemeinschaft in idealisierte Höhen entschwebt. —

Und deshalb lasen wir dann Hebbel (der heute in manchem zu Unrecht als unmodern gilt), deshalb beschäftigten wir uns so lange mit dem Realismus. Die Realisten des 19. Jahrhunderts waren es, die uns in unsere Alltagswelt zurückführten: Erst sei — so meinten sie — einmal zu zeigen, wie diese Welt i s t, dann erst könne man diskutieren, wie sie sein sollte. Und in jener engbegrenzten kleinbürgerlichen Welt stellten wir fest, daß auch dort das Individuum — sei es Klara oder sei es Meister Anton — wiederum zusammenstößt mit den „im Hintergrund“ wirkenden „sittlichen Mächten... der Ehre und der Moral“, womit nichts anderes als wiederum die Gemeinschaft gemeint ist. In dieser Zeit des frühen Realismus haben wir die große Wende zur Neuzeit erkannt. —

Hinzu kam dann seit der Mitte des 19. Jahrhunderts das neue Phänomen der Masse. Auch sie ist nicht plötzlich dagewesen, auch ihre Wurzeln lassen sich aus der Geschichte herleiten. Diese Masse bildete zur bisherigen Polarität von Individuum und Gemeinschaft dann einen neuen, einen dritten Komplex. Sehr bald war zu erkennen, daß das Individuum, womöglich das Genie, hier ein neues

Betätigungsfeld finden konnte. Die Masse war in ihrer Gleichförmigkeit und in ihrer Unselbständigkeit leichter zu beeinflussen als die Gemeinschaft, die, so war nun sehr klar zu erkennen, letztlich nichts anderes darstellte als eine Summe von Individuen. —

*

Machen wir einen großen Sprung in unser 20. Jahrhundert! Es ist faszinierend, zu erkennen, wie in unserer Zeit diese drei Komplexe (des Individuellen, der Gemeinschaft und der Masse) in stets neuen Auseinandersetzungen — zumindest in Deutschland — um eine Art Hegemonie kämpfen. Die zwanziger Jahre förderten das Individuum. Wir müssen sie heute sehen als eine Zeit, in der der einzelne ungeahnte Möglichkeiten einer selbständigen Entwicklung vorfand. Aber sie wurden abgelöst durch jene dreißiger Jahre, in denen die Masse vorher ungeahnte Triumphe feiern konnte. Erst der Krieg und die Nachkriegszeit bringen uns in den vierziger Jahren zu einer Besinnung auf das, was wir in gutem Sinne als die Gemeinschaft bezeichnet haben. Wenn wir diese Linie fortsetzen wollen, so können wir feststellen, daß im folgenden Jahrzehnt die bindenden Kräfte der Gemeinschaft mehr und mehr wieder verlorengehen und daß sich erneut das Individuum mit seinen Ansprüchen in den Vordergrund schiebt.

Individualismus ist hier in zweierlei Weise zu verstehen. Wir verstehen darunter zunächst eine besondere Form des Egoismus; das ist nicht von vornherein negativ gemeint. Ein gesundes materielles Erwerbsstreben ist dem Menschen seit je zu eigen gewesen; schon Homers Griechen waren beutegierig. Im geistigen Bereich interessiert mich als einem Egoisten allerdings im wesentlichen nur das, was mich persönlich angeht; und hier bemerken wir einen deutlichen Unterschied zu Homers Menschen. — Für eine andere Art des Individualismus finden wir bezeichnenderweise keinen ebenso knappen Ausdruck. Wir müssen ihn sehen als das Ergebnis eines rein geistigen Prozesses, wir müssen ihn also suchen im Bereich des Ideellen. Das scheint zunächst etwas zu sein, das sich für den Sonntag eignet, vielleicht zur Diskussion beim Internationalen Frühschoppen. Und es ist in vielen Teilen vergleichbar jener Überhöhung des Individuums zur Zeit der Klassik, das in schöner Harmonie von ratio und emotio, in schöner Harmonie auch von Einzelwesen und Gemeinschaft „immer strebend sich bemüht“. Diese Haltung eines besonderen Idealismus aber läßt sich im konkreten, im materiellen Bereich heute immer seltener beobachten.

*

Wir finden heute einen neuen Menschentyp, der, hochgebildet im Intellektuellen, in seinem geistigen Bereich nach wie vor von der Welt des Ideellen durchdrungen ist, im konkreten und materiellen Bereich aber den Egoismus pflegt. Und die große Gefahr ist darin zu sehen, daß, ausgehend vom materiellen, nur allzuhäufig dann auch der ideelle Bereich ichbezogen wird. Wer will es den Älteren übelnehmen,

wenn sie darüber ihr großes Lamento anstimmen. Ich meine jedoch, daß hier die ältere Generation unbeweglich wird, vielleicht sogar einen großen Fehler begeht; denn nicht Klagen allein helfen uns weiter. Wir werden uns viel realistischer als bisher auf diesen neuen Menschentyp einstellen müssen. In unserer heutigen Zeit kann es jeder mit ein bißchen Energie zu einem gewissen Wohlstand bringen. Er wird danach streben, ein Haus zu erwerben und einen eigenen Garten anzulegen, den er allerdings dann mit einer hohen Mauer umgeben möchte. Wenn er auf den Gedanken kommt, einen Baum zu pflanzen, der sehr gut eine Ecke dieses Gartens ausfüllen könnte, so wird er ihn dort hinsetzen, und er wird nicht von vornherein fragen, ob später der Schatten seinem Nachbarn auch gefallen mag. Dieser Nachbar aber handelt falsch, wenn er jenen nun anklagend als gedankenlos einstuft. Das Beispiel zeigt, daß es — und das gilt im übertragenen Sinne für alle Kommunikationen — in dieser Situation für beide Teile den Weg zum gemeinsamen Gespräch geben muß.

*

Zu Recht prangert die heutige Jugend jenen Etablierten an, der sich, sobald er nur irgend möglich ist, auf den persönlichsten Bereich zurückziehen will, eben auf den Bereich jenes Hauses mit Garten, in dem die Familie und bestenfalls einige wenige Freunde Aufnahme finden. Die Gemeinschaft hat unter den drei genannten Begriffen in unserer Zeit eine zunehmend schwächere Position zugewiesen bekommen. Hier aber meldet sich — und darin liegt, wie die Geschichte uns lehrt, die große Gefahr — wiederum das Phänomen der Masse. In einer Situation wie der unsrigen heute braucht nur eine Zeit materieller Not hinzuzukommen, und die Radikalisierung feiert erneut Triumphe. Gerade Individualisten schreien in einer Notzeit am meisten nach dem starken Mann, nach der Diktatur, wenn sie selbst nicht untergehen wollen. Und die Folge ist die Masse, die sich dann gedankenlos leiten läßt.

Wiederum wäre es falsch, nun in einer Schwarzmalerei zu verharren; denn — wir haben es vorhin aufgezeigt — mit einer Masse kann — allerdings wiederum unter Druck — etwas Merkwürdiges geschehen. In ihr sind bereits neue Ansatzpunkte für neue Gemeinschaften zu finden. Das ist vielleicht das Bemerkenswerteste unseres Jahrhunderts, daß es insgesamt gesehen nicht mehr den einfachen Weg vom Individualismus zum Gemeinschaftsdenken zu geben scheint. Zur Gemeinschaft gelangt eine Gesellschaft erst auf dem meist schmerzlichen und dornenvollen, viele Opfer fordernden Weg über die Masse.

Immer wieder: Die Entwicklungslinie kann hier nur in groben Zügen skizziert werden. Stets hat es Ausnahmen gegeben, stets gab es kleinere Gruppen, die anders dachten. In den zwanziger Jahren beobachten wir neben der Ausbildung des Individuellen auch das kräftige Fortbestehen etwa der Jugendbewegung und der Jugendbünde schlechthin; in den dreißiger Jahren gab es neben der

Massenpsychose die vielen kirchlichen oder privaten Gruppen, die schließlich unter dem enormen Druck in den Untergrund und in den Widerstand gehen mußten. Nachzuzeichnen war hier und heute nur die Generallinie.

Ich sagte es bereits: Nicht Klagen über verlorene goldene Zeiten helfen uns weiter. Wir sollten uns in der heutigen Zeit stets von neuem um die Analyse unserer Gesellschaft bemühen. Allerdings sollten wir weiterkommen als der Realismus, der sich ebenfalls mit den Gegebenheiten beschäftigte, der zeigte, wie es ist, der dann aber nicht mehr dazu kam, zu zeigen, wie es sein sollte. Und das heißt heute: Wer die Masse mit ihren Gefahren nicht will, der möge sich mehr denn je Gedanken machen, wie eine echte Gemeinschaft zu erreichen ist, eine Gemeinschaft, die die direkte und wechselseitige Kommunikation der Individuen braucht und nicht im Sinne der heutigen sogenannten „Massenkommunikationsmittel“ einseitig verfährt und lediglich von einer Seite her Einfluß ausüben will. „Snacken müßt mit de Lüüd!“, so habe ich es früher ausgedrückt. Dann erst entsteht nolens volens jene Selbständigkeit, durch die bei allem eigenen Tun und Handeln auch der Nachbar mit seinen Interessen Berücksichtigung findet.

*

Ich habe hier gar nicht so allgemein gesprochen, wie es vielleicht den Anschein hat. Wir dürfen diese Gedanken sehr gern auf die Gemeinsamkeit unserer deutschen Volksgruppe hier in Nordschleswig übertragen. Wir haben, so meine ich, keine Not mit der Herausbildung von Individuen, und wahrscheinlich kann sich keine Volksgruppe auf die Dauer erhalten, die nicht aus kräftigen, landschaftsverbundenen Individuen besteht. Wir erleben es aber bei genauerem Hinsehen, daß auch in unserem Kreise ein Sich-Zurückziehen auf den engeren persönlichen Bereich zu beobachten ist, und wer die Entwicklung in solchen Fällen weiter verfolgt, wird feststellen, daß sich jemand, der sich hier abwendet, nicht anderen Gemeinschaften anschließt (jenes geschieht, soweit ich es in den letzten Jahren beobachten konnte, nur sehr selten). Er beschränkt sich dann in den allermeisten Fällen auf das vorher bildlich gemeinte Haus mit Garten.

Das gedankliche Ausscheren aus der Welt der Gemeinschaft aber ist in unserem Kreise doppelt gefährlich. Das gilt für die Volksgruppe, das gilt aber auch für den Bereich unserer Schule. Mit welcher Berechtigung will jemand, der sich im angedeuteten Sinne zurückgezogen hat, es bemängeln, wenn nur noch eine kleine Gruppe von wenigen, die sich kraft Amtes oder durch ihr persönliches Engagement einsetzen, die Entscheidungen trifft, die von Außenstehenden in solchen Fällen nur allzu billig als diktatorisch angeprangert werden. Soll man nur darüber klagen, daß sich noch niemand bereitgefunden hat, weiterhin Vorträge der Universitätsgesellschaft in Apenrade zu arrangieren; soll man nicht auch und vielleicht noch mehr darüber traurig sein, daß sich bisher kein lautstarker Protest

aus dem festen Stamm der früheren Zuhörer gemeldet hat? Oder anders: Soll im schulischen Bereich nur derjenige, der ein Amt innehat, anordnen, soll nur er die Ideen entwickeln müssen? Soll in einer Behörde der Leiter des Amtes allein dafür sorgen, daß neue Vorstellungen entstehen und in die Tat umgesetzt werden? Und umgekehrt: Erschöpft sich die „Tätigkeit“ aller anderen darin, Kritik zu üben?

Ich sprach von den zukunftsweisenden Ansätzen zu einer echten Gemeinschaftsarbeit, die heute überall vorhanden sind, die wir nur zu erkennen brauchen. Wir haben gerade im vergangenen Jahr in euren Kreisen mehr als einmal solche Ansätze gespürt, und es war manchmal bitter, wenn wir sie nicht in dem Maße unterstützen konnten, wie wir es hätten tun mögen. Ich denke an die Ausarbeitung einer neuen Satzung der Schülermitverantwortung, ich denke an die Diskussionen im Internat, ich denke an den Einsatz unserer Sportler, und ich denke auch an die zahlreichen Versuche, die Spartenarbeit der Schülermitverantwortung stets neu zu beleben. Die Masse hat in unseren Kreisen keine Rolle spielen können. Alle Beteiligten aber haben in der eigenen Arbeit die Wahrheit bestätigt gefunden, daß sich auch hier „die geforderte Freiheit“ des Ichs auseinandersetzen mußte mit „dem notwendigen Gang des Ganzen“. Und immer wieder werdet ihr dabei festgestellt haben, daß Interesselosigkeit oder gar Resignation in bezug auf unser Zusammenleben überhaupt nicht weiterhelfen konnte. Mögen euch diese Stunden ganz besonders in Erinnerung bleiben!

*

Die vorhin formulierten rhetorischen Fragen aber zeigen uns, wie sehr wir auch heute wieder in den zu Anfang skizzierten Fehler verfallen sind, unsere Gedanken etwas pathetisch auszudrücken. Kommen wir deshalb sehr schnell zum Schluß. Wir sind in der Analyse unserer Gesellschaft — ob im kleineren Bereich der Schule, im nächstgrößeren der Volksgruppe oder gar im Gesamtkomplex der Welt — sicherlich auch im vergangenen Jahr „wat klüjer jewarden“: Wir alle werden uns endgültig einstellen müssen auf eine Wandlung des Menschentyps, die sich in den letzten Jahren vollzogen hat. Wir sollten dabei jedoch niemals vergessen, uns auch in die Gedankenwelt unseres Gegenübers hineinzusetzen. Wir sollten stets auch den Partner zu verstehen suchen, um immer wieder eine gemeinsame Basis zu finden, und das alles in persönlichem Engagement. Nichts ist gefährlicher als jene Haltung, die in der sprachlichen Formulierung das psychologische Passiv bevorzugt (es muß jetzt etwas veranlaßt werden, man sollte doch etwas tun); benutzen wir doch mutig die Ich-Formulierung, zu der im Zusammenleben das Du-Denken hinzutritt. Auf diesem Wege können wir auch heute jederzeit das Wir einer Gemeinschaft erreichen.

WIR SIND QUITT

Verehrte Gäste, liebe Eltern, liebe Mitschüler, mir ist heute die Aufgabe zugefallen, hier stellvertretend für meine Mitabiturienten kurze Bilanz zu ziehen über drei lange, aber letztlich doch erfolgreiche Schuljahre. Wir freuen uns und sind mit einigem Recht stolz darauf, das Abitur geschafft zu haben, aber bei keinem von uns schlägt der Stolz um in Überheblichkeit, denn wir wissen, daß schwierige Aufgaben noch vor uns liegen. Wir wissen aber auch, daß nicht jeder die geistigen Fähigkeiten besitzt, um ein Gymnasium erfolgreich besuchen zu können. Daß wir — zufällig — diese Fähigkeiten besitzen, daß wir außerdem die Chance hatten, sie zu nutzen und zu erweitern, ist uns Grund genug zu Bescheidenheit und Dankbarkeit — Dankbarkeit vor allem den Eltern gegenüber, die uns die Chance gaben, dieses Gymnasium zu besuchen. Es gibt manchen unter uns Abiturienten, der mit diesem oder jenem Prüfungsergebnis unzufrieden ist, aber wir stimmen alle darin überein, daß die vergangenen drei Jahre eine wesentliche Bereicherung und Erweiterung unserer Persönlichkeit waren. Wir hoffen, daß unsere Eltern dies genauso empfinden, denn einzig darin liegt meine Meinung nach ein Ausgleich für die Arbeit und Mühe von drei Jahren. Uns sind diese drei Jahre bestimmt nicht leicht gefallen. Ständig fühlten wir uns überfordert, ständig klagten wir über zuviel Arbeit. Heute können wir eine banale, aber immerhin eine Wahrheit bestätigen: Die Persönlichkeit kann nur wachsen, wenn sie immer neuen und immer schwereren Anforderungen ausgesetzt wird. Nur so kann sie ihre Grenzen erfahren und ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen. Dadurch wird es auch jedem möglich, zu entscheiden, was aus dem Lernstoff des Gymnasiums für ihn wichtig ist und was nicht. Als wir diesen Punkt erreichten, erkannten wir, wie ungenügend das dänische Schulsystem dem Bedürfnis nach Wahlfächern Rechnung trägt. Damit mußten wir uns abfinden. Wir konnten es, weil uns eine Erfahrung an dieser Schule versagt blieb: Ich meine den Pauker, jenen humorlosen, pedantischen Lehrer, der die Amtsautorität in Person ist. Unsere Lehrer haben uns, manchmal zwar weniger, als wir es uns wünschten, ernstgenommen und respektiert. Keiner von ihnen ist humorlos, alle haben sich bemüht, auch dem letzten von uns den schwierigen Lernstoff beizubringen, und keiner hat sich gescheut, Pausen und Freistunden zu opfern, um auf unsere Fragen zu antworten. Nicht zuletzt durch die Gespräche mit unseren Lehrern sind wir zu der Erkenntnis gelangt, daß unser Pensum teilweise 5000 Jahre veraltet ist. Heute, wo die Kenntnis der Gegenwart notwendige Voraussetzung für die Beherrschung der Zukunft ist, leistet man sich im Unterrichtsministerium immer noch den Luxus, das Pensum in wesentlichen Teilen auf die Vergangenheit hin zu orientieren. Wir hatten das Glück, Lehrer zu haben, die ihrerseits sich den „Luxus“ erlaubten, ganze Fachstunden zu opfern, um mit uns über aktuelle Zeitfragen zu diskutieren. Dadurch mußten wir zwar Pensum aufholen, aber dieser Preis war gering, denn die nichtplanmäßigen Stunden und Veranstaltungen gaben uns letztlich mehr als viele andere zusammen. Das gilt besonders für viele Stunden unseres Klassenlehrers. In seinen Stunden wurde nicht nur von jeder Sitzung unserer Schülervertretung berichtet, wir durften außerdem über alle offenen Fragen ausführlich diskutieren. Niemals wurde eine Diskussion abgebrochen oder unterbunden, und das zeigt, glaube ich, deutlich, wie ernst unsere Lehrer die

Schülermitverantwortung nehmen.

Ich glaube nicht, daß Schülermitverantwortung eine sog. Sandkastendemokratie ist. Wenn sie von Lehrer- und Schülerseite ernstgenommen wird, trägt sie dazu bei, das Lehrer-Schüler-Verhältnis und die Stellung der Schüler real zu verbessern. Die Schülermitverantwortung ist nicht Träger der Revolution, sondern der Evolution. Sie ist charakterisiert durch offene und harte Auseinandersetzungen, die sich im Rahmen der Sachlichkeit und Fairneß bewegen. Als Schulsprecher habe ich versucht, diesen Kurs zu steuern, wie ich meine, mit bescheidenen Erfolgen, die nicht zuletzt auf dem Entgegenkommen und Verständnis seitens des Kollegiums und der Schulleitung beruhen.

Daß es an unserer Schule keine revolutionären und ideologischen Strömungen gibt, ist sicher kein Zufall. Wir leben in einer Pufferzone zwischen zwei Staaten.

Die ständige Konfrontation mit zwei Kulturkreisen bricht jedem Nationalismus die Spitze ab, und die am Gymnasium ständig laufende Grundsatzdebatte über die deutsche Minderheit, also über uns selbst, erzeugt ein Toleranzdenken, das Auswirkungen hat bis hinein in den Schulalltag. Daran liegt es auch, daß in unserer Schule relativ gute Lehr- und Lernverhältnisse herrschen, wir sind sogar davon überzeugt, daß sie auf dieser Grundlage noch verbessert werden können.

Auf Grund aller genannten Eigenschaften und Auswirkungen unseres Minderheitengymnasiums sind wir der Meinung, daß seine finanzielle und moralische Unterstützung und Förderung, die wir brauchen und für die wir dankbar sind, vollauf gerechtfertigt sind.

Hiermit möchte ich meine kurze Bilanz schließen. Für uns Abiturienten geht die Rechnung auf. Wir haben gegeben, und uns ist gegeben worden. Uns bleibt nur zu hoffen, daß dies für alle Beteiligten der Fall ist, so daß wir beim Aus einander gehen mit gutem Gewissen sagen können: Wir sind quitt.

Die Stabkirchen-Pagoden der Wikinger

Was die Kathedrale für Frankreich, das ist die Stabkirche für Norwegen. Doch was für Gegensätze: dort Stein und Mörtel, hier alles Holz, selbst der Nagel; dort geometrisch und theologisch geregelte Kunst, hier derbes, waldpflichtiges Handwerk; dort demonstratives Monument, dem der Baustoff auf Jahrhunderte Standfestigkeit verbürgt, hier dagegen demütig deftige Schutzhütte von rührender Feierlichkeit, immerzu gefährdet von Sturm, Blitz und Holzwurm. Nicht hoch genug können im sonnigen Land der Kathedralen die Pfeiler schießen und die spitzen Fenster sich strecken, um dem Hall gläubiger Ekstase im Widerhall die unmittelbare himmlische Antwort zu sichern; in der Stabkirche will knorrige Erdentreue einen magisch eingedunkelten Unterschlupf finden, besonders während der endlos währenden Winternacht mit ihrer bedrängten Einsamkeit, die den Menschen nicht mehr jublieren, sondern nur noch raunen läßt.

Wohl hat sich die scholastisch geschulte Intelligenz gotischer Steinmetzkunst mit dem 1320 vollendeten Dom zu Trondheim auch in Norwegen ein Denkmal von kontinentaler Vergleichswertigkeit gesetzt. Doch auf den Färöern schlugen derzeit — anno Domini 1308 — reinblütige Nachfahren der durch ihre Sagas unsterblichen nordischen Kolonisatoren der „Schafinseln“ ihren Bischof Erlend tot, dem eine Stabkirche nicht gut genug war, sondern für Kirkjubö eine repräsentative St. Magnus-Kathedrale in Stein verlangte: sie wurde und blieb Ruine bis auf den heutigen Tag. Aber schon lange vor alledem, für Urnes nachweislich im elften Jahrhundert, bearbeiteten virtuos geführte Äxte das Gebälk für die Holzkirche zum verankernden, engschließenden und dazu dekorativen Gefüge, und dies nicht weniger verantwortlich als beim Bau eines hochseegängigen Wikingerbootes.

Wie gleichen sie doch so sehr der Arche altbiblischer Vorstellung, die uralten Stabkirchen vornehmlich am Sognefjord, der als ihr Ursprungsgebiet gilt! Im Anfang war der Baumstamm, war der Stab: so möchte die nordische Schöpfungsgeschichte beginnen. Vor Stabkirche und Wikingerboot aber gebot sich für Mensch und Vieh das stämmige, tief geduckte, wärmebehütende Holzhaus, daneben das Stabbur, die hochstelzig von Bodenfeuchte und Ratten abgesetzte Vorratskammer von fast kubischer Struktur, das ein wenig abfallende Dach hier wie dort mit dickem Rasen belegt, daraus kleine Birken und Kiefern sprießen, in den Monaten des zur ätherischen Klarheit gefilterten Lichts von Wiesenblumen und langstieligen Gräsern umschmeichelt. Bot sich nicht das Stabbur als anregende Vorform der Stabkirche an? Stilelemente der Steinkirche,

vornehmlich der romanischen, mischten sich bei, hauptsächlich durch christliche Missionare ins Land gebracht. Sicherlich nutzte die eigene Intelligenz der vom achten bis elften Jahrhundert die europäischen Küsten bis zum Mittelmeer beherrschenden, ja selbst bis zum Schwarzen und zum Kaspischen Meer vorstoßenden und dabei straffe Staatsgebilde organisierenden Normannen auch fremde Errungenschaften. Kaum vorstellbar, daß ihnen dabei die Pagode des Fernen Ostens unbekannt geblieben sein soll, als deren klimatisch bedingte Variante von kleinerem Ausmaß der ältere Stabkirchentyp erscheinen mag. Als überlegene Meister der statischen Sicherheit ihrer elegant schnittigen Ruderboote, deren Seitenwände sie zur Abwehr des seitlichen Spritzwassers durch ihre Schilde erhöhten, haben sie ihre Sturmerfahrung auch in die Konstruktion der Holzkirche übernommen. Die Stabkirche widersteht dem stärksten Wind, indem sie federnd nachgibt.

Noch immer üben die alt germanischen Waldgötter ihr Mitbesitzerrecht an der nordischen Stabkirche aus. Wie anders möchte man sonst erklären, daß in der von O. Skalberg unübertrefflich als „Himmels-Holzgefäß“ bezeichneten Stabkirche von Borgund, der lebenswertesten unter allen, noch heute über dem Zugang zur Apsis anstelle eines Kreuzes ein weiß gebleichtes, mächtig in die Breite sprießendes Geweih hängt. (Die mehrsprachige Studentin von der Universität Oslo, die in ihren Ferien hier kunsthistorische Auskunft erteilte, erzählte bei unserem Besuch eine naive Wundergeschichte, die wohl zum Führungsrepertoire gehört: danach sei ein Hirsch, der vor seinen Jägern in der Kirche Schutz suchte, im niedrigen und für seine kapitale Pracht allzu engen Laufgang steckengeblieben. „Und was geschah dann?“ fragte eine Dame aus einem Touristenschwarm heraus.) Angesichts der hier, besonders bedrohlich erst aus der vom nahen Fortun nach Fantoft bei Bergen versetzten Stabkirche wie Schiffsschnäbel weit herausschießenden Drachenköpfe zweifelt man nicht an der Überlieferung, wonach sich in Rödald noch lange heidnische und christliche Gottesdienste im selben Raum abwechselten. Solche Toleranz mag sich aus festverwurzeltem Ahnenkult ergeben haben: im Stab als Ahnenpfahl wohnte die Seele eines Verstorbenen, in den heute noch mancherorts im Bayrischen Wald aufgestellten Totenbrettern wirkt Ähnliches nach.

Um das Jahr 1020 kam mit der keinesfalls sanften Christianisierung Norwegens durch König Olaf, den schließlich die um ihre Unabhängigkeit besorgten heidnischen Bauern von Trøndelag erschlugen, die Stabkirche auf. Bis zum Ende des 14. Jahrhunderts mögen an die achthundert Stabkirchen in Norwegen errichtet worden sein; zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es ihrer einhundertachtzig, jetzt stehen nur noch dreißig davon. So selten geworden, bilden sie heute eine Touristenattraktion ersten Ranges. Das Land der bis zu zweihundert Kilometer weit das Gebirge aufspaltenden Fjorde, der in Einsamkeit erstarrten Hochmoore

und der tosenden Wasserstürze lockt mit fortschreitender Motorisierung immer mehr Urlauber aus aller Welt auch zu seinen Stabkirchen, so daß viele von vornherein ihre Route als eine Art Wallfahrt zu ihnen planen, nicht selten in geradezu rekordsüchtiger Absicht. Eine lehrreiche Vorstellung von dem, was sich bei einiger Aufmerksamkeit noch an wirklich alten Holzbauten abseits und zwischen modernen Allerweltskonstruktionen mit gräßlichem Wellblechdach entdecken läßt auf der wirr gezackten Rundfahrt durch Südwestnorwegen als dem empfohlenen Hauptgebiet hierfür, vermitteln die unbedingt sehenswerten, mit Konservatorenverband angelegten Freilichtmuseen auf Bygdoy bei Oslo und auf Maihaugen bei Lillehammer. Bygdoy ist eine herrliche Versammlung von hundertfünfzig alten norwegischen Bauernhäusern, präsiert von der um 1200 errichteten Stabkirche von Gol im Halligdal, hier nun zum Paradestück erhoben und zum keimfreien Studienobjekt herausgeputzt. Es prägt sich aber ein, was typisch für andere Stabkirchen ist: Im Vergleich zu dem dreifach gestuften Schindeldach, darüber ein wiederum dreifach abgesetzter und sich verjüngender Reiter die hochstrebende Gestik des Ganzen in einen lanzenschlanken Schaft leitet, ist der geduckte schattenschwarze Innenraum überraschend klein. Denkt man aber an den frostigen und lichtfahlen Winter, so werden Enge und Wärme eins. — Die von Garmo nach dem Maihaugen versetzte Stabkirche wirkt trotz ihres erheblich älteren Gründungsdatums (1030) jünger und innen heller als die von Gol; offensichtlich diente für sie die von der Geistlichkeit überhaupt bevorzugte Steinkirche weitgehend als Modell. Hinzukommt, daß die Stabkirche von Garmo im Jahre 1870 zerstört wurde und erst 1921 unter Verwendung des noch brauchbaren alten Materials auf ihrer jetzigen Stelle wiedererstand. Der vorbildlich angelegte Bergpark Maihaugen hat faktisch das Gudbrandstal, das der Dichter Henrik Wergeland als „Tal der Täler“ pries, in Kulturschutz genommen. Die nur wenige Gehminuten von Peer Gynts Hütte entfernte Stabkirche wird heutzutage gern als Hochzeitskirche benutzt.

Doch unvergleichlich stärker als die beiden Museumskirchen wirken die Stabkirchen an ihren Gründungsstätten, wo sie noch einigermaßen freiheitlichen Abstand halten von allzu emsiger Neugier und, gleichsam in sich selbst versunken, uralte Geheimnisse zu bewahren scheinen. Gleichen sie unter dem Gefieder ihrer Schindeln und in der Schutzfarbe der Natur nicht einem brütenden Riesenvogel, und was anderes sind schon die Turmhelme als vergrößerte Fichtenzapfen? Immer stehen Birken bei der Stabkirche, auffällig hochstämmig und oft mit derart weit ausladender Krone, daß man sie von fern mit Linden verwechseln kann. Ihr Schatten fällt auf die Gräber eines alten Friedhofs, den die Natur selber mit Gräsern und Wildblumen schmückt, aus dem Gebüsch zwitschern die Vögel dazu. Der Geruch von Harz und Teer hängt als Weihrauch eigener Art in der Luft, auf Fischerbootswerften riecht es so. Koniferen erzeugen dazu noch den Duft von

Vanille. Im „Svalgang“, im Schwalb engang, wie der Arkadenumlauf fast zur ebenen Erde heißt, wittert man ihn am stärksten. Das rührt daher, daß das Gebälk des hauptsächlich als wetterschützender Wall um die Zentralkonstruktion gezogenen Svals trotz tief herab gezogener Überdachung die meiste Feuchtigkeit mitbekommt, sie bei Sonne aber auch wieder leicht ausschwitzt.

So vor- und eindringlich dekorativ der Sval wirken mag, als sei er nur seiner selbst wegen da, hat er auch bei Haus, Hütte und Stabbur zunächst diese Schutzfunktion. Doch hier wie dort ist seine ästhetische Eigenwirkung so köstlich wie wesentlich. Bei der Stabkirche bestimmt er das optische Volumen. Seine Dynamik zwingt Schiff, Chor und Apsis in einen geschlossenen Verbund, der nur noch sprungweise nach oben sich erweitern kann. Dabei wird das Dach auseinandergefächert. Das Ganze erscheint dann als Komposition mehrerer sich verjüngender Schichten, gehalten und zu scharfer Spannung gebracht von einer zentralen Senkrechten, die in uns die Vorstellung eines mächtigen Schiffsmastes mit hochgipfelnder Spitze erweckt. Die Stabkirche von Borgund gelangt zu ihrem unverwechselbaren, vielgerühmten Aussehen durch die vollständige Verschindelung auch der senkrechten Außenwände zwischen den einzelnen Dachstufen. Mit diesem Schuppenpanzer wird alles Dach an ihr. Kreuze auf Apsis und ihrer nächsten Dachkappe werden markant überragt von weithin sichtbaren Drachenköpfen, die bei Dämmerung die Kirche in ein Gespensterschiff zu verwandeln scheinen. Die heidnischen Anteile sind unverkennbar, im Svalgang werden sie von Runen beurkundet.

Bei der Stabkirche wird das zwingend Zweckmäßige zugleich auch zur einzigartigen Zier. In ihr gipfelt die unerreichte Handwerkskunst des nordischen Zimmermanns, der mit feinsten Sensibilität für organische Formen an seine Arbeit ging. Schon der Holznagel mit seinem ovalen Querschnitt, der das Holz nicht platzen läßt, sondern als Keil sich der Richtung der Fasern einschmiegt, beweist es. Auf wuchtige Schwelle setzte der Kunsthandwerker die starken Eckpfosten, zwischen die er das Rähm einpaßte, um dann das stabile Rahmengenüge mit gespundeten Bohlen zu schließen, die Wikinger von Haithabu bei Schleswig wußten schon im neunten Jahrhundert davon. „Am greifbarsten aber verrät sich die Kunst des Schiffszimmermanns am Dachfuß“, schreibt und erklärt mit fachkundiger Zuständigkeit Hermann Phleps in seinem kunsthistorisch wie handwerklich instruktiven Buch „Die norwegische Stabkirche“ (Karlsruhe 1958). Er verweist auf so interessante Beziehungen wie die der Stabkirchendachstühle zu den schrägen Kufenstützen des berühmten Osebergsschiffes, dessen kühne Bugspirale im Dachschmuck der Stabkirche von Lom wiederkehrt; oder auf die Versteifung der Stabwände durch das bereits bei den römischen Belagerungstürmen zur Sicherung angewandte Andreas- Kreuz, gleichfalls zu sehen in der durch ihre Runeninchriften und mittelalterliche Ornamente

bedeutenden, im Lauf der Zeit mehrfach veränderten Lomer „Basilika.“ Ihr Licht erhalten die Stabkirchen durch ihre tellergroßen Luftlöcher. Die Lichtbündel wirken dabei wiederum selber wie Stäbe, die mit dem wechselnden Wolkenzug draußen vor der Sonne ihr atmosphärisches Spiel mit den geometrisch strengen Konstruktionen des Innenraums treiben, manchmal wischen sie dabei über ein anspruchslos sinnfälliges Altarbild oder eine primitive Deckenmalerei. Lom setzt sein säulenreiches Interieur nach einer um die Mitte des 16. Jahrhunderts vollzogenen Erweiterung zur Kreuzkirche krassem Fensterlicht aus: störend viel Barock wurde hier zugelassen zu den wahrhaft herrlichen Schnitzereien von Drachenvorketten, zu Runen gravuren und zu einer Tierzeichnung wie die am Westgiebel, die aus einer steinzeitlichen Felsmalerei hereingenommen sein könnte. Erst 1933 wurde eine im Jahr 1608 eingezogene Flachdecke wieder beseitigt: Nun erlebt man einen geradezu atemberaubenden Konstruktionsbezug von stämmigen Säulenreihen und den dachtragenden Friesen darüber, ein erregendes Gebilde aus kräftigen Andreas-Kreuzen, wuchtigen Halbbögen und knorrigen Knaggen. Ein auffällig einfallsreich und sorgfältig geschnitztes Portal nimmt es hier mit jedem noch so schmuckreichen Stück der Steinmetzkunst auf; ähnlich Wertvolles zeigt das Südportal der Vaagas kirke in der Provinz Oppland, der Zweitältesten Kirche Norwegens, dem eine Buchmalerei aus dem neunten Jahrhundert als Anregung gedient haben mag. Das romanische Steinportal war auch Vorbild für Kaupanger, der größten Stabkirche am Sognefjord, von deren Urgestalt seit dem Umbau 1862 aber kaum mehr etwas zu erkennen ist. Als besondere Sehenswürdigkeiten sind noch die Stabkirchen von Eidsborg bei Dalen und von Heddal bei Notedden zu nennen. Wer sie betreten will, muß sich tief bücken: Ehedem gemahnt dies daran, im Svalgang die Waffen abzulegen.